

# Evangelische Verantwortung

## Das „C“! Anspruch und Herausforderung im 21. Jahrhundert

Rede von Dr. Angela Merkel anlässlich der 38. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU am 17. März 2001 in Fulda

Sie haben sich mit Ihrem Thema „Das ‘C’ – Anspruch und Herausforderung im 21. Jahrhundert“ ein Thema gewählt, das auf den ersten Blick nicht so spektakulär erscheint. Heute überlegt man ja immer aus Werbegründen, was man an Strittigem präsentieren kann. Dafür haben Sie ein gar nicht so einfaches Thema gewählt.



Dr. Angela Merkel zu Gast auf dem 29. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Frankfurt am Main

Es berührt die Frage, wie Politik im 21. Jahrhundert abläuft. Da spürt man in den Wahlkämpfen, dass von unseren Wettbewerbern, insbesondere von den **Sozialdemokraten**, ganz massiv ein bestimmtes Bild von Politik propagiert wird: **Politik sei nach dem Ende des Kalten Krieges, nach dem Zusammenbruch der Mauer und der Deutschen Einheit, eigentlich mehr oder weniger zu einem pragmatischen Geschäft geworden.** Die großen Linien der Auseinandersetzung seien von gestern und nun gehe es allein darum, dass wir Leute an der Spitze haben, die entscheiden können. Und wenn man einmal falsch entschieden hat, entscheidet man eben am nächsten Tag anders. Hauptsache,

es passiert etwas und es geht weiter – das sei moderne Politik.

Ich glaube, wenn wir uns auf diese Art und Weise einlassen, dann haben wir auf Dauer verloren, und dann wird auch die Akzeptanz der Politiker mit Sicherheit weiter schwinden. Denn, wenn ich mich einmal in die Lage eines normalen Bürgers versetze, dann erwarte ich von der Politik mehr, als dass sie nur die letzte Umfrage, die gestern gemacht wurde, nachvollzieht. **Ich erwarte, dass die Politik, ausgehend von einem bestimmten Bild der Gesellschaft, den Anspruch erhebt, Entschei-**

dungen so zu treffen, dass sich daraus für die Zukunft gute Chancen für die Menschen entwickeln. Dazu gehört auch, heute schon Dinge zu entscheiden, deren Wirkung ich vielleicht erst in zwei, drei, fünf oder sieben Jahren erkennen kann.

Um Ihnen ein Beispiel aus dem wirtschaftlichen Bereich zu geben: Ende der 80er Jahre wurde die Entscheidung zur Privatisierung der Post getroffen; daraus entwickelte sich ein lebhafter Wettbewerb auf dem Telekommunikationsmarkt – mit der Folge, dass Herr Eichel im vergangenen Jahr 100 Milliarden Mark aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen einnehmen konnte. Vorbereitet, gedacht, wie sich der Wettbewerb in diesem Bereich entwickeln wird, wurde das alles

## Themen:

Editorial	3
Stärkung der Familie – weltweit	9
Plebiszitäre Demokratie	11
Jugend und Politik	13
Kirchentag	16

zehn Jahre zuvor. Und auch wir müssen heute wieder die Entscheidungen treffen, die erst in zehn Jahren ihre Wirkung entfalten.

**Was die Menschen beschwert, ist, dass sie häufig den Eindruck haben, dass die Politik hinterher rennt; dass die Wirtschaft die Dinge bestimmt; dass Fusionen kommen und gehen und dass die Politik daran sowieso nichts ändern kann.** Als wenn Politik nichts weiter wäre als eine Ambulanzstation, die einmal hier eine Binde und dort ein Pflasterchen austeilte, um das Schlimme, das sowieso passiert, ein bisschen zu mildern. Das deckt sich nicht mit dem Anspruch, aus dem heraus wir Politik machen.

Deshalb muss Politik im 21. Jahrhundert – vielleicht sogar mehr als früher – fragen: **Was für ein Bild haben wir vom Menschen und von der Gesellschaft?** Und was für Vorstellungen ergeben sich daraus mit Blick auf bestimmte politische Themen? Unser Verständnis vom Menschen in der Gesellschaft setzt bei dem an, was wir **das christliche Menschenbild nennen. Das hat eine Reihe von Facetten**, über die ich gar nicht alle ausführlich sprechen kann. **Ich will nur zwei Dinge nennen: das eine ist**, es soll die Politik davor hüten, Allmachtsfantasien zu entwickeln. Es wäre falsch zu glauben, wir seien in der Lage, alles zu steuern und zu regulieren. Das wird nicht der Fall sein. **Demut muss Bestandteil der Politik sein.**

Aber das **christliche Menschenbild hat noch einen anderen Aspekt**, den ich für außerordentlich wichtig halte. Wir sind uns dessen bewusst und wir freuen uns darüber, dass die Menschen unterschiedlich geschaffen sind. Das unterscheidet uns von Parteien, die sagen, wir arbeiten für Gruppen, Schichten oder Klassen. Unser Anspruch in der Politik ist es, für viele gleichzeitig zu denken und das hat uns seit Anfang des Bestehens der Bundesrepublik Deutschland Streit mit den Sozialdemokraten über die Frage eingebracht, wie gute Bildungspolitik auszusehen hat. Grund dafür ist, dass wir eine ganz klare Vorstellung davon haben, dass die Menschen unterschiedlich sind. Wir wollen ihnen die gleichen Chancen geben, aber wir wissen, dass die Ergebnisse unter-

schiedlich ausfallen. Und wir sind darüber auch nicht traurig und versuchen nicht, Unterschiede einzuebneten oder abzuschaffen. Wir wollen, dass sich die verschiedenen Gaben jedes Einzelnen in der Gesellschaft entwickeln können. Der eine kann besser rechnen und der andere kann besser mit Menschen umgehen; der dritte wiederum hat geschickte Hände. All diese unterschiedlichen Fähigkeiten über einen Leisten zu scheren, wäre vollkommen falsch. Es ist im Gegenteil die Aufgabe von Politik, die Fähigkeiten und Fertigkeiten des Einzelnen möglichst gut zu entwickeln.

**Der Mensch ist fähig, in Freiheit und in Verantwortung vor Gott zu leben.** Auch diese Einsicht gehört zum christlichen Menschenbild. Und Freiheit heißt nicht, wie manche irrtümlicherweise meinen, nur frei von etwas zu sein. Das ist vielleicht der einfachere Teil der Freiheit. Nein, **Freiheit heißt auch, frei zu etwas zu sein: mich für etwas zu entscheiden.** Politik darf immer davon ausgehen, dass der einzelne Mensch Lust darauf hat, Verantwortung zu übernehmen, dass sein Gefühl für Freiheit ihm die Freude daran gibt. Das Schlimmste, was Politik tun kann, ist, den Menschen die Freude am Verantwortung Übernehmen zu verderben.

Deshalb ist ein Element unserer freiheitlichen Gesellschaft, dass wir diese Freude immer wieder fordern müssen, ihr Kraft und Schub geben müssen, aber den Menschen nicht vorschreiben dürfen, was nun genau sie zu tun oder zu lassen haben. Und da haben auch wir Fehler gemacht. **Auch wir sind immer wieder drauf und dran, den Menschen so ein kleines bisschen als unmündig zu betrachten, zumindest ihm viele Knüppel in den Weg zu schmeißen, wenn er sich auf eigene Pfade begeben will.** Aber diese Abwägung – wie viel gemeinschaftlich an Risikoabsicherung geregelt werden muss und wie viel ich den Menschen zutrauen kann – wird uns im 21. Jahrhundert mehr als früher beschäftigen. Denn der Wohlstand, in dem wir ja zweifelsoh-

ne zum großen Teil leben, die Bildung, die den Allermeisten in unserer Gesellschaft zu teil wird, diese erfolgreiche Entwicklung der vergangenen 50 Jahre der Bundesrepublik Deutschland hat dazu geführt, dass die Menschen mündiger sind, dass sie für sich Entscheidungen treffen können und dass das Maß, in dem wir ihnen dies zutrauen, von der Politik neu bestimmt werden muss.

Wenn Sie sich einmal das Regierungshandeln der rot-grünen Bundesregierung daraufhin angucken – das Gesetz über 630 Mark, das Gesetz über die Scheinselbstständigkeit, jetzt die Novelle des Betriebsverfassungsgesetzes – dann sind das immer die **Versuche des Staates zu regeln, was die Bürger entscheiden dürfen und was nicht.** Eine Novelle des Betriebsverfassungsgesetzes kann man machen, weil soziale Partnerschaft im 21. Jahrhundert sich be-

stimmt von der sozialen Partnerschaft im 20. Jahrhundert unterscheidet. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind sehr viel selbstständiger in ihren Ent-

scheidungen geworden. Heute muss sehr viel mehr mit dem Kopf gearbeitet werden und es fällt sehr viel weniger Routinearbeit an. Das hat Auswirkungen darauf, was die Menschen für sich entscheiden können. Aber ein Betriebsverfassungsgesetz, das die Funktionärschicht stärkt, anstatt den Betriebsräten vor Ort mehr Entscheidungsmöglichkeiten zu geben, ist genau die falsche Antwort auf das, was sich im 21. Jahrhundert entwickelt. Und aus diesem Grunde sind wir gegen die jetzt vorliegende Neuregelung des Betriebsverfassungsgesetzes. Wir wollen eine Novelle, bei der Betriebsrat und die Mehrheit der Belegschaft gemeinsam zur Sicherung ihrer eigenen Beschäftigung bestimmte Abweichungen vom Tarifvertrag beschließen können. Zwar sollte so etwas durch ein begründetes Vetorecht der Gewerkschaften aufgehalten werden können; doch Gewerkschaften sollten nicht per se die Möglichkeit haben, über die Entscheidung der Mehrheit einer Belegschaft hinweg zu entscheiden. Dies sind die Fragen, über die wir immer wieder

*„Was die Menschen beschwert, ist, dass sie den Eindruck haben, dass die Politik hinterher rennt.“*

*Dr. Angela Merkel*

## Liebe Leserin, lieber Leser,

der Evangelische Arbeitskreis ist auch in diesem Jahr wieder beim **Evangelischen Kirchentag** auf dem Markt der Möglichkeiten vertreten. Ich begrüße es sehr, dass der Evangelische Kirchentag an diesem **Kommunikationsforum** trotz mancher Kritik festhält. Der Evangelische Kirchentag ist immer schon ein Ort gewesen, der in sich lebendig war und es noch heute ist und von dem zahlreiche Impulse ausgingen, die sowohl in der Politik als auch in der Gesellschaft allgemein diskutiert wurden.

Ich freue mich auf das Gespräch mit den Besucherinnen und Besuchern des Kirchentages. Dies lässt sich heute einfacher sagen als noch vor wenigen Jahren. Gerade in der Zeit als die Unionsparteien in den Augen von so manchem Kirchentagsbesucher in der Nachrüstungsfrage oder in der Kernenergie nicht die richtige Haltung vertraten, wurde es auch am Stand des EAK manchmal äußerst lebhaft und atmosphärisch beklemmend. Trotzdem war und ist es uns wichtig, dass wir als Christen, die sich parteipolitisch engagieren, auch diesen Ort gesellschaftlicher Kommunikation wahrnehmen, um im demokratischen Prozess der Meinungsbildung unsere politischen Standpunkte zu erklären und zu vertreten. Das Gesicht des Kirchentages hat sich mit den veränderten Bedürfnissen seiner Besucher verändert. Auf den letzten Kirchentagen sind die Gespräche differenzierter geworden. Die Auseinandersetzung wurde weniger polemisch, aber auch weniger politisch geführt. Diese Erfahrung hinterlässt in mir ein zwiespältiges Gefühl. So sehr ich auf die Polemik und die zugespitzte Auseinandersetzung in Gesprächen verzichten kann, um dem argumentativen Diskurs seinen Raum zu geben, so sehr möchte ich doch, dass sich gerade junge Menschen, zumal junge Christen, politisch interessieren und engagieren. Gerade in der CDU/CSU wünschte ich mir

noch mehr christlich geprägte junge Menschen, die auch in Zukunft politische Verantwortung aus ihrem christlichen Glauben beziehen. Diese Verantwortung ist notwendiger denn je. Die **Debatte um die Gentechnologie** der letzten Wochen zeigt dies ausdrücklich. An ihr ist zu sehen wie schwer sich auch Christen in den Unionsparteien tun, einen gemeinsamen Weg zu beschreiten. Für mich steht fest, dass wir in der Gentechnologie alle Versuche an embryonalen Stammzellen zu unterlassen haben. Es gibt andere Möglichkeiten der Forschung. Diese mögen jetzt noch eingeschränkter erscheinen, doch der Forschergeist wird auch hier zu Ergebnissen kommen, die letztlich vielversprechend genannt werden können. Wer sich auf die Möglichkeiten der **embryonalen Stammzellenforschung** einlässt, der muss sich im Klaren sein, dass jedwede Grenzziehung wann menschliches Leben beginnt, willkürlich erscheinen muss. Grenzziehungen dürfen sich aber nicht nach neuesten Erkenntnissen richten, sondern müssen aus ethischen Überzeugungen ein für alle mal festgelegt werden. Der Rahmen für zukünftige Forschungen muss gesteckt sein. Es ist bemerkenswert, dass viele gesellschaftliche Gruppen hier übereinstimmen. Und doch muss in der CDU/CSU eine Diskussion erlaubt sein, ohne dass im gleichen Atemzug das „C“ zur Debatte steht. Die Union tut gut daran, sich die nötige Zeit zu lassen, um diese Fragen ausführlich zu debattieren. Die Fragen sind ethisch sehr komplex. Das gilt gerade für die Menschen, die als Christen argumentieren. Es gibt also auf diesem Feld ethisch schwierige Abwägungen zu treffen. Der Evangelische Arbeitskreis muss allerdings in diesen Fragen auch deutlich Stellung beziehen. Für uns gilt, dass die Würde des Menschen unantastbar ist. Diese christliche Maxime schließt Selektion aus! Auf dem Kirchentag wird über dieses Thema sowie über die aktive Sterbehilfe zu reden



sein – in aller gebotenen Sachlichkeit und Kontroversität.

Durch unseren 1. Empfang beim Evangelischen Kirchentag signalisiert der EAK, dass wir in Zukunft das Gespräch zwischen den Unionsparteien und der Evangelischen Kirche verdichten wollen. Ich freue mich, dass ich die Ehre haben werde, die Oberbürgermeisterin von Frankfurt, Frau Roth, den Ministerpräsidenten von Hessen, Roland Koch, die Parteivorsitzende der CDU, Frau Dr. Angela Merkel, sowie zahlreiche Bischöfe begrüßen zu dürfen. Der EAK möchte seine Brückenfunktion zwischen Kirche und Unionsparteien noch intensiver wahrnehmen. Begegnungen tragen hierzu nicht unerheblich bei. Ein Arbeitsgespräch zwischen EKD-Vertretern und Bundesvorstandsmitgliedern des EAK zum Thema der Zuwanderung hat bewiesen, dass gepflegte Kontakte auch zu positiven Ergebnissen führen können. Bitte, besuchen Sie auch den EAK-Stand auf dem Kirchentag (näheres S. 17).

*Jochen Borchert*

Ihr Jochen Borchert, MdB  
Bundesvorsitzender des EAK

sprechen müssen, denn sie haben letztlich etwas mit dem Menschenbild zu tun.

Erst kürzlich fand in der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg eine Pressekonferenz statt. **Da hat man beklagt, dass in den letzten zwei Jahren die Schwarzarbeit drei mal so schnell angestiegen sei wie das Wirtschaftswachstum.** Das ist ein misslicher Tatbestand. Doch welche Maßnahme hat die anwesende Staatssekretärin zusammen mit Herrn Jagoda ins Auge gefasst? Sie haben erklärt, dass sie die Kontrollen verschärfen müssen. Das mag ja eine Facette sein. Aber wenn das die einzige Antwort ist auf einen solchen Missstand, dann landen wir wieder in der DDR. Da hat hinter jedem, der gearbeitet hat, einer gestanden, der kontrolliert hat. Und es wurde immer schlimmer. Wenn Sie sich auf diesen Wettlauf einlassen, dann wird der Einzelne immer kreativer sein und sich immer noch etwas Neues einfallen lassen, um den Staat auszutricksen. Auf ein solches Gesellschaftsbild darf sich die Politik nie einlassen, weil sie dann immer verliert. Die Folge wäre eine Entwicklung zu Lasten des Gemeinwohls. **Deshalb muss und kann die Politik davon ausgehen, dass der einzelne Mensch verantwortbar handeln will. Politik muss aber die Bedingungen schaffen, in denen er seine Verantwortung auch für das Gemeinwohl einbringt.**

Dann kommt man dazu, dass so ein trockenes Wort wie „Lohnabstandsgebot“ seine volle Bedeutung entfaltet. **Wenn wir unseren Bürgern das Signal geben, dass sie mit drei Kindern von der Sozialhilfe genauso gut leben können, als wenn sie Überstunden in einem Betrieb machen, dann brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn die Menschen zu dem Schluss kommen, dass die Sozialhilfe die attraktivere Lösung ist.** Und deshalb müssen wir durch bestimmte Mechanismen sicherstellen, dass der Mensch das, was er als Anlage in sich trägt, auch entfalten kann. Deshalb warne ich uns davor, in so simple Klagen zu verfallen, dass sich die Menschen immer mehr individualisieren, die Bindungsfähigkeit immer mehr abnimmt und alles immer schlimmer wird. Ich glaube kein Wort davon. Die Sehnsucht der Menschen, in stabilen Beziehungen – in Familien mit Kindern – zu leben, ist ungebrochen. Aber dann müssen wir auch gewährleisten, dass der **Wert der Familie,**

den wir in allen Reden hochhalten, im realen Leben nicht dazu führt, dass die Familie schlechter gestellt wird, als die, die als Singles leben. Ansonsten werden Sie diesen Wert an sich nicht erhalten können, wenn Sie nicht im Leben die praktischen Bedingungen dafür schaffen. Das ist das Problem. **Deshalb ist es mit Sicherheit richtig, dass wir uns nach 1998 gefragt haben: „Wo müssen wir denn etwas dazu lernen, wenn wir so eine Wahl verloren haben?“** Ein Punkt, über den wir nachgedacht haben, ist die Frage, ob unser Reden über Familie mit unseren Taten übereinstimmt.

Wir sind dabei in mindestens zwei Punkten zu dem Ergebnis gekommen, dass das eben nicht übereinstimmt. Das eine ist: **Wenn eine Million Kinder Sozialhilfe empfangen,** dann ist das erst einmal schlecht für die Oberbürgermeister, weil es eine Belastung für die Kommunen darstellt; aber dann heißt das auch, dass für viele Eltern die Tatsache, dass sie sich für Kinder entscheiden, damit verbunden ist, dass ihr Kind Sozialhilfe bekommt. Und das kann systematisch nicht richtig sein. Deshalb wollen wir ein Programm beginnen – das vielleicht acht bis zehn Jahre dauert – das dazu führen wird, dass niemand wegen der Entscheidung für ein Kind in die Sozialhilfe rutscht. Das ist ein anspruchsvolles Vorhaben, aber aus meiner Sicht ein Ziel, mit dem man die Menschen überzeugen kann – unabhängig davon, ob der Finanzminister gerade eine gute oder schlechte Steuerschätzung vorlegt. Da verpflichtet man sich, über mehrere Jahre wirklich etwas zu tun mit einem ganz klaren nachvollziehbaren Ziel.

Und damit komme ich zu dem nächsten Punkt: Die CDU hat immer und richtigerweise gesagt: **Wir wollen die Wahlfreiheit der Eltern und insbesondere der Frauen, ob sie sich mehr für die Familie engagieren wollen oder ob sie sich mehr für die Erwerbsarbeit oder für beides engagieren wollen.** Das ist theoretisch richtig – allerdings glaube ich, die komplette Wahlfreiheit gibt es nicht. Der Staat kann nicht garantieren, dass das Leben genauso verläuft, ob man Kinder hat oder nicht und die Erwerbstätigkeit ungestört in vollem Maße fortgesetzt werden kann oder nicht. Das ist eine Fiktion. Aber wir könnten einmal darüber nachdenken, was wir eigentlich mit unserem Verständnis von Arbeit machen. Wie ist das denn,

wenn Frauen mit 35, 38, 40 Jahren nach einer Erziehungsphase wieder ins Berufsleben zurückkehren wollen? Die eine Hälfte der Betriebe sagt, sie sind zu alt, bei uns sind die Karriereplanungen festgelegt. Die andere Hälfte der Betriebe sagt, sie haben keine Erfahrung. Da können wir gar nichts mit ihnen anfangen. Aber wenn es richtig ist, dass das 21. Jahrhundert den mobilen, kreativen, nervenstarken und konfliktfreudigen Arbeitnehmer braucht, **dann weiß ich nicht, ob der Mann, der 20 Jahre hinter dem gleichen Schreibtisch sitzt, mobiler, kreativer, nervenstarker und innovationsfreundlicher ist, als die Frau, die dann in die Arbeit kommt und 10, 15 Jahre Erziehung hinter sich hat.** Ich habe dafür kein Patentrezept, aber eines ist doch sicher: Eine menschliche Gesellschaft des 21. Jahrhunderts wird darauf angewiesen sein, Ehrenamt, Erwerbsarbeit und Familienarbeit wieder näher zusammenzubringen.

### Familienpolitik braucht Fantasie

Dafür brauchen wir viel Fantasie und klare Grundvorstellungen, aber dafür brauchen wir mit Sicherheit keine Gießkannenregelungen. Wenn die Bundesregierung jetzt beschlossen hat, dass jeder Arbeitnehmer den **Rechtsanspruch auf einen Teilzeitarbeitsplatz** hat, dann sage ich Ihnen voraus: **Dies ist das beste Programm, um Frauen noch weiter vom Arbeitsmarkt abzuhalten.** Denn natürlich wird jeder Arbeitgeber sie scharf anschauen, ob da eine potenzielle Kandidatin für Teilzeitarbeit vor ihm steht, die diesen Anspruch vielleicht sogar einklagen wird. Aber so gewinnen Sie die Menschen für Politik nicht. Unser Ziel muss sein, unter den gegebenen Bedingungen die verschiedenen Lebensbereiche zusammenzubringen. Das wird vor Ort und regional gesehen und je nachdem, ob es ländlicher Raum oder Stadt ist, ganz unterschiedlich aussehen.

Sie müssen einmal Eltern fragen, wie Kindergartenöffnungszeiten sein sollen. Das unterscheidet sich zwischen Frankfurt/Main und Neuwied dramatisch. Und im Hochschwarzwald ist es wieder ganz anders als in Fulda. Aber wenn unsere Gesetze schon auf der Landesebene vorsehen, dass sie unter bestimmten Bedingungen, und hierzu gehören bestimmte Öffnungszeiten, gar keinen Landeszuschuss für einen Kindergarten-

platz mehr kriegen – wie das in Nordrhein-Westfalen der Fall ist, dann ist das genau falsch. Sie müssen den Oberbürgermeistern, den Jugenddezernenten und den Eltern die Möglichkeit geben, darüber selbst zu entscheiden. Wenn das hingegen alles von Sozialpädagogen und -ideologen gemacht wird, die immer schon wussten, wie die Jugend sich entwickeln soll, dann ist das falsch. Dann geht das gegen die Menschen.

Ich bin davon überzeugt, dass im 21. Jahrhundert angesichts der weltweiten Zusammenarbeit, des Wettbewerbs und der Tatsache, dass wir mit dem Internet an jeder Ecke der Welt gleichzeitig sein können, **die regionale Bindung an die eigene Heimat zunehmen und nicht abnehmen wird.** Das bedeutet dann aber auch, dass ich den Kommunen nicht den finanziellen Spielraum nehmen darf, wie das die jetzige Bundesregierung gerade macht mit weniger Steuereinnahmen, noch ein paar zusätzlichen Verpflichtungen bei der Rente, keiner Mark Anteil aus den UMTS-Lizenzen, dafür aber weniger Gewerbesteuer von der Telekom.

Das ist die Realität, wie sie sich für die kommunalen Haushalte abspielt. Wenn Sie den Kommunen ihren Spielraum nehmen, dann verhindern Sie, dass der Bürger vor Ort schnelle, klare und verantwortbare Entscheidungen bekommt. **Und eine schnelle, wirklich für den Bürger nachvollziehbare Politik bekommen Sie am besten immer dann, wenn der Bürger weiß, wen er für Gelingen und Misslingen verantwortlich machen kann.** Die aber braucht er, denn die geben ihm die Verwurzelung in seiner eigenen Heimat. Deshalb ist aus meiner Sicht Kommunalpolitik eines der vornehmsten Ziele. Das müssen wir auch von der Bundes- und Landespolitik aus immer wieder deutlich machen.

**Der Tod der Verantwortung oder die Ursache von Verantwortungslosigkeit ist zu viel Hierarchie.** Die Unlust an Europa beruht ja nicht darauf, dass europäische Politik in irgendeiner Weise schlecht ist, sondern der Grund dafür ist, dass Sie überhaupt nicht mehr überblicken können, wer für was nun eigentlich verantwortlich zu machen ist. Und das macht die Leute verrückt. **Sie können Demokratie nur lebbar erhalten, wenn der, der zur Wahlurne gehen soll, auch weiß, was er wählt.**

Bei einer Kommunalwahl wissen die Leute ziemlich genau, was sie wählen. Sie können mit vielen Kreuzen denen, die sie für richtig und ordentlich halten, ihre Stimmen geben. Wenn sie zu einer Wahl zum Europäischen Parlament gehen, dann wissen sie gar nicht, welchen Einfluss eine Mehrheit der Europäischen Volkspartei auf die Besetzung der Kommission hat. **Das Drama der letzten Europawahl war, dass die Europäische Volkspartei zwar die stärkste Partei und damit auch stärkste Fraktion geworden ist, die Kommissare anschließend jedoch mit den nationalen Mehrheiten gewählt wurden.** Ich verstehe, wenn sich die Bürger dann fragen, was das soll. Wenn das Ergebnis der Europawahl überhaupt keinen Einfluss darauf hat, wer zum Schluss die Kommission führt, dann finden die Leute das zu Recht nicht in Ordnung. Deshalb sprechen wir uns dafür aus, dass zum Beispiel der Kommissionspräsident vom Europäischen Parlament gewählt wird, weil sich darin die Mehrheitsentscheidungen der Bürgerinnen und Bürger in Europa bei der letzten Europawahl widerspiegelt. So ergäbe sich eine Begründungskette, wo sie den Bürgern sagen können: Du musst da hin gehen, damit du wenigstens eine Kommission in Brüssel bekommst, die eine andere Politik verfolgt als zu Hause die Landesregierung oder der Bundeskanzler.

**Das christliche Menschenbild in der Politik steht also für verantwortbare Entscheidungen, die wir dem Einzelnen zutrauen, sie ihm ermöglichen und dafür die Spielräume schaffen.** Von der simpelsten Frage, der Schwarzarbeit über die Rentenreform bis zu der Frage, traue ich den Menschen zu, dass sie auch unterschiedliche Grade von Vorsorge treffen – das ist der Spielraum für das 21. Jahrhundert, in dem wir uns entscheiden müssen: Wie können wir die Leistungskraft, die Fähigkeit und den Wunsch und den Willen der Menschen, ihr Leben selbst zu gestalten, ermöglichen?

Dazu gehört ein weiterer Punkt: **Wer Solidarität braucht, der muss auch Solidarität bekommen.** Aber vorher muss erst einmal der, der etwas einbringen will, dazu in die Lage versetzt werden. Dann kann der, der Solidarität braucht, auch Solidarität erfahren. Aber dazu gehört, dass wir erwarten können, dass der, der die Solidarität der Gemeinschaft in An-

spruch nimmt, auch bereit ist, das, was er kann, in die Gemeinschaft einzubringen. Das müssen wir, weil wir es den Menschen zutrauen, verantwortbar einfordern. Auch das ist ein Teil des christlichen Menschenbildes.

Aber wir stoßen im 21. Jahrhundert noch an ganz andere Grenzen, und zwar an die **Grenzen des Beginns des Lebens und an die Grenzen des Endes des Lebens.** Das ist zunächst einmal ein Erfolg der Wissenschaft, ein Erfolg der Technologie. Als die Kernspaltung entdeckt wurde, als die Atombombe entwickelt wurde, hat der Mensch zum ersten Mal schaudernd vor der Tatsache gestanden, dass er mit Hilfe seiner eigenen Entwicklungsprodukte in der Lage ist, sich vollständig selber zu vernichten. Die Menschen haben ziemlich lange gebraucht, mit dieser Kraft überhaupt klarzukommen und wenigstens bestimmte Regeln dafür zu entwickeln. Ob sie es abschließend geschafft haben, ist letztlich zu bezweifeln.

Diese Regeln sind auf sehr klaren Konstruktionen der gegenseitigen Abschreckung entwickelt worden, auch kein besonders zufriedenstellendes Szenario. Aber wir haben immerhin vertragliche Regelungen hinbekommen.

Jetzt hat sich die Wissenschaft im Bereich der Biotechnologien weiterentwickelt. Im Grunde ist auch das ein Erfolg der Informations- und Kommunikationstechnologie. Denn wenn Sie sich mal anschauen, wie Craig Venter die DNA sequenziert hat, dann ist klar: Sie könnten das alles ohne Computer überhaupt nicht machen. Heute stehen wir wieder an einem Punkt, wo wir sehen: Wir haben Chancen, aber wir haben auch unglaubliche Risiken, uns selbst zu zerstören.

Und jetzt lautet die Frage: Was bedeutet die **Würde des Menschen** in diesem Zusammenhang? Die gleiche Frage stellt sich übrigens am Ende des Lebens genauso. Ich möchte sie hier auf einen Umstand hinweisen, von dem ich nicht weiß, ob er Ihnen so klar ist – mir war er nicht so klar: Wir haben ja immer wieder versucht, Anfang und Ende des Lebens rechtlich zu erfassen. Das müssen Sie ja tun, um gesetzliche Grundlagen für Entscheidungen zu bekommen. **Mit unserem Embryonenschutzgesetz haben wir einen ganz klaren Zeitpunkt für den Be-**

ginn des Lebens ausgemacht. Mit der Verschmelzung von Samen und Eizelle ist zugleich die Würde des Menschen angelegt. Das ist der Inhalt unseres Embryonenschutzgesetzes.

Wir haben interessanterweise beim Ende des Lebens im Zusammenhang mit den Fragen der Organtransplantation keinen

ausgeschlossen werden konnte, dass man Embryonen dafür verbraucht. Damals hat man gesagt: Wenn ein Paar einen Kinderwunsch hat, dann ist das doch etwas Gutes, dann muss man doch auch die technischen Möglichkeiten nutzen, um diesen Kinderwunsch zu erfüllen. Die Haltung der katholischen Kirche war da immer ablehnend, weil sie im Grunde –

Kind bekommen. So konnte man mit dem Stammzellenblut der Nabelschnur auch das andere Kind heilen. Schließlich hatten sie zwei gesunde Kinder.

Man kann den Fall auch so darstellen, dass es nicht ein Designerbaby ist, sondern ein zweites, gesundes Kind, über das sich die Eltern gefreut haben. Außer-



▶ CDU-Bundesvorsitzende  
Dr. Angela Merkel

▶ Dr. Angela Merkel, der wiedergewählte EAK-Bundesvorsitzende Jochen Borchert und der EAK Bundesgeschäftsführer Dr. Bernhard Felmberg

▶ Dr. Bernhard Felmberg, Staatsminister Dr. Hans Geisler, Dr. Ingo Friedrich und Dieter Hackler

▶ Kirchenpräsident Prof. Dr. Steinacker und Bischof Dr. Joachim Wanke

▶ Dr. Angela Merkel mit dem Fuldaer Oberbürgermeister Dr. Alois Rhiel

exakten Zeitpunkt festgelegt. Statt dessen haben wir den Ärzten einen Ermessungsspielraum gegeben zwischen klinischem und Hirntod. Nur in dieser kurzen Spanne können sie Organe wirklich entnehmen, um sie zu transplantieren. Eine andere Regelung hätte Organtransplantationen sehr erschwert. Ich sage das nur, weil mir das bis vor Kurzem, als ich angefangen habe, über die **Gentechnologie** zu diskutieren, gar nicht in der Schärfe bekannt war. Man ist zu dem Schluss gekommen, rechtlich keinen Zeitpunkt festzulegen, um sich nicht alle Möglichkeiten zu verbauen. Wenn wir uns mit der Würde des Menschen befassen und mit der Frage, was wir dürfen und was wir nicht dürfen – **und da ist der EAK ganz sicher gefragt – und ich finde es toll, dass Sie neulich in einem Gespräch über die Euthanasie da auch schon begonnen haben –, dann müssen wir uns vor Augen führen, was eigentlich alles schon passiert ist.**

Denken Sie zum Beispiel an die künstliche Befruchtung. Die künstliche Befruchtung wurde wissenschaftlich-technisch in Großbritannien entwickelt. Dort gab es keine Schwierigkeiten mit den bestehenden gesetzlichen Regelungen. In der Bundesrepublik wurde die künstliche Befruchtung legalisiert, als sie technisch und medizinisch so weit entwickelt war, dass

das muss ich jetzt mal sagen – viele Implikationen vorausgesehen hat, die sich daraus ergeben könnten. Schließlich hat der Mensch damit auch in die Frage, bekomme ich Kinder oder bekomme ich keine Kinder, eingegriffen. Und das, was dann zum Guten möglich war, bringt uns jetzt natürlich eine ganze Menge neuer Fragen, zum Beispiel die Frage nach der **Präimplantationsdiagnostik.**

Da schreien viele auf halten das für vollkommen indiskutabel. **Ich sehe die Bedenken ganz klar, aber wenn Sie Eltern vor sich haben, die ein behindertes Kind haben, dann ist die Entscheidung nicht leicht.** Da gab es ja diesen amerikanischen Fall, den Sie auf zwei Arten erzählen können. Die Ausgangssituation ist, dass ein Elternpaar ein behindertes Kind hat. Das Kind wird sterben. Da gibt es die eine Variante, da heißt es, das Kind brauchte nicht zu sterben, wenn man ein Designerbaby erzeugt, ein gesundes Geschwisterkind, und aus dem Nabelschnurblut dieses gesunden Geschwisterkindes Stammzellen entnimmt, mit deren Hilfe man dann die Blutkrankheit des kranken Kindes heilt. Diesen Eltern die technische Möglichkeit zu verwehren, ein gesundes Kind zu bekommen mit Hilfe einer Erbanalyse, finde ich relativ schwierig. In Amerika hat man die Möglichkeit genutzt, und die Eltern haben ein gesundes

dem konnte auch noch das erste geheilt werden. Ich will nur sagen: angesichts ganz konkreter Fälle ist die Abwägung der Menschenwürde des einen Geschwisterkindes, des zweiten Geschwisterkindes, der Eltern nicht einfach. Viel schwieriger jedenfalls, als wenn man die Dinge theoretisch diskutiert und sagt, nun haben wir eine klare Meinung.

Menschenwürde heißt auf der einen Seite, die Würde jedes Menschen – auch des Embryos – zu achten. **Menschenwürde heißt aber im christlichen Sinne immer auch, denen, die Hilfe brauchen, nach technischen und medizinischen Möglichkeiten Hilfe zu gewähren.** Ich befürchte, dass wir in Zukunft mehr ethische Dilemmata aushalten müssen als früher und dass der, der von Anfang an immer hundert Prozent weiß, wie alles geht, vielleicht nicht immer auf der sicheren Seite ist.

Wir dürfen uns allerdings nicht in die Falle hineinbegeben, dass wir zum Schluss beim **reproduktiven Klonen** landen. Das darf auf keinen Fall sein. **Da brauchen wir das christliche Menschenbild mit Sicherheit, wenn wir über die Grenzziehung reden.** Es wird eine sehr strikte Grenzziehung geben, so wie es in anderen Bereichen der Technik auch ganz strikte Grenzziehung gibt, aber es wird Bereiche geben, in denen wir uns noch

sehr schwer tun. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, wir werden uns schwer tun im gesamten Bereich des **therapeutischen Klorens**. Wenn wir technisch in der Lage sind, bestimmte Organe zu züchten, die vom Körper nicht mehr abgestoßen werden, dann stehen wir wiederum vor einer schwierigen Abwägung. Sie müssen einmal hören, was sich in den Kliniken abspielt, in denen Menschen darauf warten, dass sie ein Organ von jemandem bekommen, der heute noch lebt und morgen vielleicht gestorben ist. Das wirft enorme menschliche Probleme auf.

Ich sage das hier einmal in aller Offenheit, weil ich glaube, dass wir uns manchmal über bestimmte Ecken und Nischen unserer Gesellschaft überhaupt keine Gedanken mehr machen. Erst wenn wir auf bestimmte Probleme gestoßen werden, fällt uns auf, mit welchen Problemen viele Menschen konfrontiert sind.

Die Herztransplanteure sagen natürlich: Wenn wir die Möglichkeit hätten, ohne Abstoßungsgefahr und ohne darauf zu warten, dass jemand stirbt, ein Organ zur Verfügung zu haben und einem Menschen zu helfen, dann wäre uns moralisch und ethisch sehr viel wohler, als es uns heute ist. Ich habe mich kürzlich erst mit Ärzten unterhalten. Die berichteten mir von Beratungsgesprächen mit Patienten und von der Entscheidung, wer was bekommt: Diese Gespräche sind von solch einem ethischen Dilemma geprägt, dass man sie am liebsten überhaupt nicht führen würde.

Deshalb sage ich: Ich habe nicht auf alle Fragen eine Antwort. Ich sage nur: Die CDU muss die Partei sein, in der diese Fragen mit Intensität besprochen werden. **Und der Evangelische Arbeitskreis hat mit Sicherheit eine ganz zentrale Aufgabe.** Die Voraussetzung ist, dass wir uns mit den Gegebenheiten vielleicht noch intensiver befassen. Ich finde, wir haben zu wenig Mitglieder, die in der Lage sind, das alles schon zu überblicken. Wir müssen uns hier in ganz neue Felder einarbeiten und dann unser christliches Menschenbild einbringen und versuchen, zu Ergebnissen zu kommen.

Alles, was wir in der Diskussion über den Paragraphen 218 in unserer Partei mühevoll immer wieder erfahren und erlernt haben,

sollte uns helfen, uns darüber nicht zu zerstreiten – quasi in die Guten und die Bösen oder in die Verantwortungsvollen und die Verantwortungslosen.

Die Würde des Menschen wollen wir auf der einen Seite mit dem Embryonenschutzgesetz schützen. Auf der anderen Seite beinhaltet die Würde des Menschen auch den Auftrag, jedem Menschen zu helfen, dem ich helfen kann. **Die ganz einfachen Antworten wird es da nicht geben.** Deshalb, meine Damen und Herren, liebe Freunde, glaube ich, dass sowohl in dem Bereich von Technik, Wissenschaft und Medizin als auch im Bereich dessen, was in unserer Gesellschaft pragmatischer zu regeln ist, die Fragestellung, wie ich die Menschen in dieser Gesellschaft sehe, was ich ihnen zutraue, was ich ihnen ermöglichen will und was ich ihnen verbieten will – dass diese Fragestellungen in Zukunft vielfältiger, komplizierter, aber mindestens genau so spannend sein werden wie im 20. Jahrhundert.

Wer da keinen Kompass hat, wer da kein Bild hat, für wen er Politik macht, wer da meint, er kann das alles prima entscheiden und es gibt nichts über ihm, wo die Maßstäbe noch einmal anders gesetzt sind, wer da in Allmachtsfantasien verfällt, der läuft mit Sicherheit in die Irre und kann Menschen viel Schaden zufügen.

Deshalb bin ich der Meinung, dass die Methode von Herrn Schröder mit Sicherheit auf Dauer nicht funktionieren wird. Schröder schlägt sich durch das Dickicht der täglichen Probleme, indem er heute der einen Gruppe etwas gibt und morgen der anderen Gruppe etwas gibt. Dabei spielt er diese Gruppen immer ein bisschen gegeneinander aus: Heute bekommen die Gewerkschaften etwas gegen die Arbeitgeber, morgen die Arbeitgeber etwas gegen die Gewerkschaften, übermorgen die Jungen etwas gegen die Alten, mal wird Holzmännchen geholfen, dafür dem Mittelstand nicht. Es kristallisiert sich dabei jedoch heraus, dass er in dem ständigen Beobachten, welche Gruppe gerade am unzufriedensten ist, viele Gruppen ganz

vergisst. Am erstaunlichsten ist doch, dass bei dieser Politik von Sozialdemokraten heute viele so genannte kleine Leute, ganz normale Leute, permanent durch das Raster fallen – der Mittelstand, die Frauen, die Familien mit Kindern, die Behinderten; alle die, die nicht die starken Gruppenverbände haben, die ihre Interessen erkennbar in der Gesellschaft vertreten.

Das ist eine Politik, die niemals das Wohl des Einzelnen mit dem Gemeinwohl in Einklang zu bringen versucht. Ich glaube, dass wir dem etwas entgegengesetzen können und auch entgegengesetzen müssen. Denn dieses Bedienen von Einzelinteressen in der Gesellschaft wird die Solidarität der Gruppen untereinander auf Dauer zerstören. Die Folge ist der Run auf den starken Mann, der irgendwann auch mein Interesse erkennen muss; um die anderen Gruppen kümmere ich mich überhaupt nicht mehr.

**Mein Verständnis von Politik hingegen ist, dass wir das Wohl des Einzelnen als Triebkraft nutzen und Bedingungen schaffen, bei denen zugleich das Gemeinwohl auch zum Zuge kommt.** Ich habe versucht, Ihnen an vielen Beispielen deutlich zu machen, dass das christliche Menschenbild uns dafür den Kompass in

die Hand gibt. Sie können kein abstraktes Gemeinwohl predigen, ohne den Einzelnen mit seinen Interessen im Blick zu haben. Das war immer der Spannungsbogen unserer Politik. Diese Einsicht wird in den ganz neuen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts mehr gefragt sein als vorher. Wir müssen es nur offensiv in Angriff nehmen und dafür haben wir eine ganze Menge Vorarbeiten getroffen, sowohl in der Partei als auch in der Bundestagsfraktion. Es ist uns noch nicht gelungen, das sage ich auch, ausreichend den roten Faden in diesem Bemühen deutlich zu machen. Daran müssen wir arbeiten und dafür ist der EAK eine wichtige Größe. ■

**Anm.:**

Dr. Angela Merkel, MdB,  
ist Bundesvorsitzende der CDU.

## Die Situation des theologischen Nachwuchses in der Evangelischen Kirche von Westfalen

Manfred Sorg

Unter den Evangelischen Landeskirchen hat die Evangelische Kirche von Westfalen im Blick auf die Förderung des theologischen Nachwuchses, seiner Zulassung zu Vikariat und Pfarrdienst, seit Anfang der 90er Jahre einen Sonderweg im Vergleich zu den anderen Gliedkirchen der EKD beschritten. In Westfalen konnten alle, die bis zum Jahr 1998 das 1. Theologische Examen erfolgreich bestanden haben, nach einer Wartezeit von bis zu vier Jahren Zugang zum Vikariat finden. Wer nach dem Vikariat das 2. theologische Examen absolviert hatte, wurde unmittelbar in den sogenannten Probendienst aufgenommen. Generell galt in der Evangelischen Kirche von Westfalen bis Ende der 90er Jahre der Grundsatz, alle in den Pfarrdienst der Landeskirche aufzunehmen, die die notwendigen Examina bestanden haben.

Diese personalpolitischen Entscheidungen zugunsten des theologischen Nachwuchses waren getroffen worden, weil seit Ende der 80er Jahre in Westfalen – wie in allen anderen Evangelischen Landeskirchen – die Zahl derer abnahm, die mit ihrer Eintragung in die landeskirchliche Liste der Theologiestudierenden ihre Absicht bekundeten, nach dem Studium Pfarrerin oder Pfarrer werden zu wollen.

### Rückgang der Theologiestudierenden

Die Gesamtzahl der Theologiestudierenden (einschließlich der Lehramtsstudenten) für den Bereich der EKD erreichte mit knapp 14.000 Mitte der 80er Jahre ihren Höhepunkt. Seither sinkt diese Zahl kontinuierlich. Für das Jahr 2000 geht eine Schätzung der Kultusministerkonferenz von ca. 9.500 Theologiestudierenden insgesamt aus. Dennoch ist in der Gesamtperspektive im Blick zu halten, dass sich trotz des Rückgangs die Zahl der Theologiestudierenden jetzt immer noch



Präses Manfred Sorg: „Die Sorge, dass aus der Kirche der Reformation, in der das Priestertum aller Gläubigen gilt, eine Pfarrerkirche werden könnte, bestimmte unerschwinglich viele Entscheidungen.“

auf einem Stand bewegt, der fast doppelt so hoch ist wie in den 50er oder 60er Jahren. Die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger, die sich zum Wintersemester 1997/98 im Fach Evangelische Theologie mit dem Berufswunsch Pfarrerin/Pfarrer eingeschrieben haben, überstieg die Zahl derjenigen, die das Studium vor 30 Jahren aufgenommen haben, noch immer fast um die Hälfte.

### Gründe für den Personalabbau

Die großen Zahlen der Theologiestudierenden und der jungen Menschen, die in den kirchlichen Dienst drängten, haben in den 90er Jahren das Wort von der „Theologenschwemme“ aufkommen lassen. In vielen Landeskirchen hat man darauf kurz- oder mittelfristig reagiert, indem der Zugang zum Vikariat nicht allen eröffnet wurde. Außerdem erfolgten nach den ersten Dienstjahren im Pfarrdienst – vor der Übernahme in das Pfarrdienstverhältnis auf Lebenszeit – Entlassungen.

Die Gründe, die für solche personalpolitischen Eingriffe geltend gemacht wurden, sind vielfältig: An erster Stelle standen finanz- und haushaltpolitische Überlegungen. Die Diskussion um die Übernahme der großen Anzahl von Theologinnen und Theologen vollzog sich parallel zu der Diskussion über die Verpflichtung der Kirche, die sie gegenüber den anderen, nichttheologischen Mitarbeitenden hat. Die Sorge, dass aus der Kirche der Reformation, in der das Priestertum aller Gläubigen gilt, eine Pfarrerkirche werden könnte, bestimmte unerschwinglich viele Entscheidungen. Ein weiteres Argument gegen die unbeschränkte Aufnahme des theologischen Nachwuchses stützte sich auf die Untersuchungen der EKD zur Mitgliederentwicklung. In den Prognosen ist deutlich, dass die negative demographische Entwicklung der deutschen Bevölkerung auch zu einem deutlichen Schwund in den Evangelischen Kirchen führen wird. Für die Evangelische Kirche von Westfalen liegen uns Prognosen vor, die von einem Mitgliederrückgang um ca. 16% bis zum Jahr 2015 ausgehen. Durch die zunehmende Überalterung der Bevölkerung, die die Evangelische Kirche besonders trifft, wird zudem die Säule derer immer schmäler, die mit ihrer Kirchensteuer die Kirche finanziell tragen.

Diese prognostischen Überlegungen sind letztlich auch für die Evangelische Kirche von Westfalen entscheidend geworden und haben zu einer veränderten Personalpolitik geführt. Zunächst waren es freilich die harten Einbrüche bei den Kirchensteuereinnahmen, die uns zu einem Kurswechsel gezwungen haben.

### Auswahlverfahren

Im Einzelnen haben Landessynode und Kirchenleitung folgende Maßnahmen getroffen:

Neben dem 1. theologischen Examen werden alle, die die Aufnahme in das Vikariat anstreben, einem Assessment unterzogen. Dabei geht es um persönliche, geistliche wie lebensbiographisch erworbene Qualifikationen zum Pfarrdienst, die durch die wissenschaftlich-theologische Prüfung nicht abgedeckt sind. Theologisches Examen, Ergebnis des Assessments und weitere besondere Qualifikationen oder Lebensumstände werden in

einem **Punktsystem** bewertet. Daraus ergibt sich dann eine Gesamtpunktzahl, die darüber entscheidet, ob und wann eine Bewerberin oder ein Bewerber in das Vikariat aufgenommen wird. **Die Hälfte von ihnen kann überhaupt nicht in das Vikariat übernommen werden.**

72 Bewerberinnen und Bewerber stehen zur Zeit auf der sogenannten **Warteliste**. In der Vergangenheit mussten manche von ihnen, wie erwähnt, **bis zu vier Jahre auf die Aufnahme in das Vikariat warten**. Viele konnten die Wartezeit sinnvoll nutzen, z.B. durch den Erwerb einer weiteren wissenschaftlichen Qualifikation oder durch eine zusätzliche berufliche Ausbildung und Tätigkeit. Gleichwohl führten solche Wartezeiten dazu, dass viele zu Beginn des Vikariats bzw. beim Abschluss der theologischen Ausbildung und dem Beginn des Pfarrdienstes bereits die Mitte des dritten Lebensjahrzehnts überschritten haben. Darum hat die Landessynode der Einführung zusätzlicher Vikariatskurse zugestimmt, um die Wartezeiten verkürzen und einen schnelleren Zugang zum kirchlichen Dienst zu eröffnen.

Bis zum Beginn dieses Jahres wurden alle, die das Vikariat und das **2. theologische Examen mit Erfolg** absolviert hatten, in den Pfarrdienst – zunächst auf Probe – übernommen. Dies war verbunden mit der Auflage, dass – abgesehen von sozialen Härtefällen – nur **Teildienststellen vergeben wurden und die Eingangsbesoldung auf A12 abgesenkt wurde**. In diesem Jahr wird nun erstmals auch hier eine Auswahl erfolgen müssen.

Die geschilderte Situation ist nicht nur unübersichtlich und auch in den Gemeinden nur schwer nachzuvollziehen. Sie ist vor allem für die jungen Menschen, von denen sich viele in der Phase der Familiengründung befinden, eine große Belastung. **Alleinlebende drückt das kirchliche Einkommen – 50% von A12 – an die Grenze dessen, womit sie auskommen können**. Zwar besteht die Möglichkeit, durch Nebentätigkeiten etwas hinzuzuverdienen. Aber es gehört auch zum Pfarrdienst, dass er sich schwer verträgt mit den klaren zeitlichen Regelungen, die sonst im Berufsleben gelten. Der erzwungene Teildienst ist sicher kein gangbarer Weg für die Zukunft. Ich persönlich wünsche mir, dass die Evangelische Kirche

von Westfalen bald in der Lage ist, diese Entscheidungen zu korrigieren.

### Großes Potential an Theologinnen und Theologen im Entsendungsdienst

Aber auch danach bleibt das grundsätzliche Problem, das im Rahmen einer landeskirchlich begrenzten Personalplanung nicht aufzulösen ist: Einerseits sind wir auch in der westfälischen Kirche vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung und der Verantwortung den nichttheologischen Mitarbeitenden gegenüber gezwungen, die Zahl der Pfarrstellen zu reduzieren. Andererseits aber haben wir in der Westfälischen Kirche ein großes Potential an Theologinnen und Theologen, die nicht in Pfarrstellen gewählt sind, sondern im Stand des Pfarrers oder der Pfarrerin im Entsendungsdienst stehen. Insgesamt sind es derzeit 520. Sie sind der theologische Nachwuchs, der in Westfalen seit den 90er Jahren Aufnahme gefunden hat.

Diese Frauen und Männer haben vieles beigetragen zum Aufbau und zur Stärkung der Arbeit in den Ortsgemeinden. Viele von ihnen sind aber auch in kirchli-

chen Arbeitsfeldern außerhalb der traditionellen Gemeindearbeit tätig. So etwa durch die Seelsorge in Altenheimen und Krankenhäusern, in der neuentstandenen Notfallseelsorge, in der kirchlichen Öffentlichkeitsarbeit, als Frauenbeauftragte oder in besonderen gesellschaftsbezogenen kirchlichen Diensten (z.B. Aussiedlerarbeit). Durch ihren Einsatz ist es unserer Kirche in den vergangenen Jahren möglich gewesen, sich auf aktuelle Herausforderungen einzustellen und Dienste zu entwickeln, die mit der Ausdifferenzierung in der Gesellschaft und den Lebenswelten der Menschen Schritt halten.

Auch wenn im Rückblick auf die personalpolitischen Entscheidungen der Synode wie der Kirchenleitung heute manche kritischen Einwände gegen den westfälischen Sonderweg laut werden, so sind doch die **Theologinnen und Theologen**, die dieser Sonderweg uns beschert hat, ein großer **Schatz unserer Kirche**, den wir für ihre Zukunft einsetzen können. ■

Anm.:

Manfred Sorg ist seit 1996 Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen.

## Auf die Familie kommt es an – weltweit

Friedrich Merz

**Es kommt Bewegung in die Kinder- und Familienpolitik – und das ist gut so. Die Rentendiskussion, das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Pflegeversicherung, der „Armuts- und Reichtums - Bericht“ und die neuen familienpolitischen Vorschläge von CDU und CSU haben die Lage der Familien wieder ins öffentliche Bewusstsein gerückt.**

Vieles steht nicht zum Besten und bedarf der dringenden Anpassung an gewandelte Arbeits- und Lebenswelten. Was Vätern und Müttern heute an Leistungen abverlangt wird, geht nicht nur

sie, sondern alle an. Für die Union ist nachhaltige Politik für Familien der Kern der Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Die **Stärkung von Familienfreundlichkeit** in unserer Gesellschaft und die deutliche Anerkennung von Familienarbeit gehören in den Mittelpunkt. Dazu bedarf es dreierlei: Erstens der **besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie** einschließlich des Anspruchs auf Familienzeit, zweitens eines deutlich entlastenden **Familiengeldes** und drittens der **Stärkung der Erziehungskraft** der Familie über den Ausbau von Familienbildung und -beratung. Damit wird auch der Tendenz entgegengewirkt, dass Kinderreichtum immer mehr zum Armutsrisiko wird. In-

zwischen leben 1,1 Millionen Kinder in Deutschland von Sozialhilfe. Damit dürfen wir uns nicht abfinden.

### Kinderarmut

Der 15. Mai, der „**Internationale Tag der Familien**“, hat nachdrücklich daran erinnert, dass die Situation von Familien und Kindern nicht nur bei uns, sondern weltweit verbessert werden muss. Vielfach sind die Lebensbedingungen für Familien katastrophal, die Zahlen mehr als ernüchternd. Und doch oder gerade deshalb darf man davor nicht die Augen verschließen. Weltweit ist die **Kluft zwischen Arm und Reich** größer geworden, hat die Armut von Familien zugenommen und damit der alltägliche Kampf ums Überleben. Zwischen den ärmsten 20% der Weltbevölkerung und den reichsten 20% ist inzwischen der Unterschied auf das Verhältnis von 1 zu 78 gewachsen (1960: 1 zu 30). Kinder sind davon besonders betroffen: **600 Millionen wachsen in extremer Armut auf, haben weniger als 1 Dollar am Tag zum Überleben.** 30 Millionen sind obdachlos, 100 Millionen gehören inzwischen zu den „**Straßenkindern**“, 250 Millionen arbeiten für niedrigste Bezahlung jenseits der Grenze zur Ausbeutung. Von Kriegen sind Familien besonders betroffen – 90 % der Opfer in bewaffneten Konflikten sind Frauen und Kinder. 540 Millionen Kinder leiden unter Kriegsfolgen, allein in den



neunziger Jahren sind über 2 Millionen Kinder umgekommen, viele durch Landminen verstümmelt. Hunderttausende wurden zudem zu „**Kindersoldaten**“ gepresst, zu **Kinderprostitution** gezwungen – ohne Chance auf eine eigene Lebensperspektive. Und die Hälfte



**Friedrich Merz: „Vielleicht erfüllt das 21. Jahrhundert das Recht eines jeden Kindes auf einen guten Start ins Leben und auf bessere wirtschaftliche, medizinische und schulische Bedingungen als heute. Die Auszeichnung „Jahrhundert des Kindes“ ist noch zu vergeben.“**

te der weltweiten 100 Millionen Flüchtlinge sind Kinder und Jugendliche – Existenzen ohne Heimat und Verwurzelungen.

Es hat Fortschritte gegeben, z.B. im **Kampf gegen Kindersterblichkeit**: Rund 80% der Kinder (1960: 5%) sind gegen die wichtigsten Krankheiten geimpft. Aber noch immer sterben täglich rund 50 000 Kinder aufgrund von vermeidbaren Erkrankungen oder von Unternahrung. **AIDS** ist zu einer Geißel für Familien geworden: Jeden Tag infizieren sich mit HIV weltweit 8500 Kinder und Jugendliche, in manchen Regionen Afrikas kommt ein Drittel der Neugeborenen aidskrank zu Welt.

Ein Drittel der Weltbevölkerung, 2 Milliarden Kinder und Jugendliche, leben damit, dass ihre Bedürfnisse übersehen und ihre Rechte missachtet werden, dass sie keinen Zugang zu Sozialleistungen, Schule und Ausbildung und angemessen bezahlter Arbeit haben.

Gegen die „**verlorenen Kindheiten**“ die Stimme zu erheben, gegen Armut, Gewalt und frühzeitige Geschlechterdis-

kriminierung anzugehen, dazu ruft UNICEF besonders im Jahr 2001 auf. Es ist richtig: Familien- und Kinderfreundlichkeit fängt im eigenen Land an – aber es hört dort nicht auf. Globalisierung bedeutet nicht nur mehr Chancen für wirtschaftlichen Wohlstand in den Industrieländern, sondern auch **Verantwortung für Notlagen in der Dritten und Vierten Welt.**

### 40 Milliarden für die Sicherung des Überlebens

Nachhaltigkeit für eine weltweite Politik, in der Kinder und Familien im Mittelpunkt stehen, das muss Priorität auf unserer politischen Agenda haben. **Rund 40 Milliarden Dollar jährlich** würden nicht nur das Überleben der Bevölkerung in den ärmeren Staaten der Welt sichern, sondern auch allen Kindern einen Besuch in der Grundschule ermöglichen. **Das ist weniger, als wir Europäer für Zigaretten ausgegeben.** Und nur ein kleiner Beitrag angesichts der globalen wirtschaftlichen Dimensionen – täglich wechseln rund 1,5 Billionen Dollar auf den Devisenmärkten den Besitzer. Darüber hinaus geht es jetzt um die weltweite Umsetzung der **UN-Konvention über die Rechte des Kindes**, die Orientierungsmarken für die Schaffung einer familien- und kinderfreundlichen Gesellschaft gibt. Über 190 Staaten haben sie unterschrieben, aber Anspruch und Wirklichkeit klaffen noch weit auseinander.

Die Sondersitzung der Vereinten Nationen im September diesen Jahres, die einen weltweiten Aktionsplan für die Rechte von Kindern und Familien beschließen soll, wird ein weiterer Schritt in die richtige Richtung sein. Zukunftsfähigkeit für die Familie weltweit? Vielleicht erfüllt das 21. Jahrhundert das Recht eines jeden Kindes auf einen guten Start ins Leben und auf bessere wirtschaftliche, medizinische und schulische Bedingungen als heute. Die Auszeichnung „Jahrhundert des Kindes“ ist noch zu vergeben. ■

**Anm.:**

Friedrich Merz, MdB, ist Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag.

# Der Irrweg der plebiszitären Demokratie

Dr. Friedbert Pflüger

Günter Verheugen hat mit seinem Vorstoß, einen Volksentscheid über die EU-Osterweiterung durchzuführen, die Diskussion über plebiszitäre Elemente in der Demokratie wiederentfacht. Unabhängig vom Thema der Osterweiterung bedarf es einer Klärung. Plebiszitäre Demokratie – das ist kein Mittel, über das von Fall zu Fall entschieden werden kann. Es bedarf einer grundsätzlichen Betrachtung:

Nicht wenigen Kommentatoren der Skandalereignisse des Winters 1999/2000 erschienen neue Möglichkeiten plebiszitärer Demokratie als das Wundermittel schlechthin. Der Bürger sei schließlich mündig und müsse deshalb mehr Möglichkeiten haben, direkt auf die politischen Belange Einfluss zu nehmen als nur über seine gewählten Repräsentanten. Was man von denen zu halten habe, sei ja offenkundig geworden... Scheinbar durch die Skandale gerechtfertigt erlebten alte Hüte wie die **Forderungen nach Volksbegehren und Volksentscheiden** auf Bundesebene und die Direktwahl des Bundespräsidenten neuen Auftrieb.

## Direktwahl des Bundespräsidenten

Was die Direktwahl des Bundespräsidenten angeht, so ist die Forderung populär, aber unsinnig, jedenfalls dann, wenn man nicht gleichzeitig bereit ist, die Kompetenzen des Präsidentenamtes zu erweitern. Ohne neue Zuständigkeiten würde eine Direktwahl nach kurzer Zeit eher das Gegenteil von dem bewirken, was die Befürworter erwarten: Frust statt Freude. Wenn nämlich die Wähler spüren, dass das von ihnen direkt gewählte Staatsoberhaupt so gut wie keine eigenen Rechte hat und nur ein bisschen mehr ist als ein **Staatsnotar**, dann werden sie sich auf den Arm genommen



**Dr. Friedbert Pflüger: „Kein einziges wichtiges Problem in unserer komplexen Welt lässt sich heute noch auf eine Ja-Nein-Frage zuspitzen.“**

fühlen. Wenn man aber andererseits dem Präsidenten mehr Rechte gibt, dann muss man sie anderswo herholen: Wollen wir den Kanzler schwächen, die Regierung als ganzes oder gar das Parlament? Wollen wir neben dem Bundesrat eine weitere potentielle Veto-Instanz gegen Beschlüsse von Exekutive und Legislative? Eine der wichtigen Lehren der Weimarer Republik war der Verzicht auf einen „starken Mann“ gegenüber der Legislative. Im übrigen: Wir sind mit unseren Bundespräsidenten bisher im großen und ganzen gut gefahren, sie haben jeweils auf ihre Weise das Amt in Würde und Anerkennung ausgeführt, den Grundkonsens der Gesellschaft gefördert und zur Orientierung bei grundsätzlichen politischen Fragen jenseits der Tagespolitik mehr oder weniger wichtige Beiträge geleistet.

## Volksbegehren und Volksentscheide auf Bundesebene

Seit langem ist ferner die Frage in der Debatte, ob wir nicht endlich auf Bun-

desebene Volksbegehren und Volksentscheid einführen sollten. Während gegen das Volksbegehren, also die durch Unterschriften der Bürger geforderte Beschäftigung des Parlaments mit bestimmten Sachfragen oder Forderungen keine grundsätzlichen Einwände zu erheben sind, ist die Einführung von Volksentscheiden äußerst problematisch. Nach meiner Auffassung sprechen folgende Gründe dagegen:

Kein einziges wichtiges Problem in unserer **komplexen Welt** lässt sich heute noch auf eine **Ja-Nein-Frage** zuspitzen. Wie etwa will man über die Osterweiterung der EU abstimmen, wie die unterschiedlichen Meinungen zu einzelnen Ländern, Daten, Kriterien abfragen?

## Praktisches Beispiel: EXPO 2000

In meiner Heimatstadt Hannover gab es im Juni 1992 eine Bürgerbefragung zum Thema EXPO 2000: dafür oder dagegen. Abgesehen davon, dass eine solche Befragung und ihre entsprechenden Modalität, Gültigkeitsquoren etc. in keiner Verfassung festgelegt waren, wurde die Befragung nur durchgeführt, weil die rot-grüne Ratsmehrheit im Rat der Stadt Hannover nicht wusste, was sie wollte. Es war geradezu grotesk, eine solche Frage zu stellen. Ich war immer für die Weltausstellung in Hannover, aber doch nicht unter jeder Bedingung. Voraussetzung für eine sinnvolle EXPO musste zum Beispiel der Ausbau der Straßen- und Schienennetze um Hannover sein. Auch hätte ich einer EXPO nicht zugestimmt, wenn nicht gleichzeitig neue Wohnungen entstanden wären, man das Messengelände nicht für die Ausstellung mitbenutzen könnte oder das Motto „Mensch-Natur-Technik“ nicht ernst genug genommen worden wäre. Mit anderen Worten: Die gestellte Frage konnte nicht annähernd meiner komplexen Meinung zu diesem Thema gerecht werden. So wird es fast allen Hannoveranern gegangen sein.

Die Bürger der Stadt entschieden sich schließlich mit 51,5 Prozent der abgegebenen Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 61,7 Prozent für die

Durchführung der Weltausstellung. Hätten Wirtschaft und CDU weniger dafür geworben, hätte es am Tag der Abstimmung geregnet oder wäre zufällig eine Woche vor dem Bürgervotum ein Gutachten über die enorme Müll- und Verkehrsbelastung während der EXPO veröffentlicht worden, die Sache wäre schief gegangen. Wenige Jahre später lag die Zustimmung zur EXPO bei den Bürgern bei über 75%. Ist es nicht doch besser, solche komplexen Fragen gewählten Volksvertretern, also hier dem Rat der Stadt, anzuvertrauen? Zugegeben, auch hier können irrationale Momente einen Ausschlag geben. Aber vielleicht ist die Chance für eine vernünftige Entscheidung, etwas unabhängiger von aktuellen Stimmungslagen, doch etwas wahrscheinlicher.

### Influss von Lobbyisten und aktiven Minderheiten

Gegen einen Volksentscheid spricht ferner die Tatsache, dass letztlich fast immer *aktive Minderheiten* die Entscheidung zu ihren Gunsten beeinflussen werden. Es kann von keinem Bürger erwartet werden, dass er sich neben seinem Beruf und seinen privaten Problemen mit den jeweils aktuellen Fragestellungen intensiv beschäftigt. Vieles, was da zur Abstimmung stehen mag, wird vielen relativ gleichgültig sein und sei es nur aus dem Grund, dass man keine Zeit hatte, sich wirklich mit der betreffenden Thematik zu beschäftigen. Das Ergebnis ist später, dass eine kleine, von ihrer bestimmten Sache in hohem Maße überzeugte Gruppe ihre Auffassung per Volksabstimmung durchsetzen kann. Selbst in Ländern mit ausgeprägter Tradition in direkter Demokratie wie der Schweiz liegt die **Abstimmungs- teiligung selten viel höher als 30%**.

Ein weiteres Argument gegen den Volksentscheid liegt darin, dass auf diese Weise mächtige Lobbygruppen bestimmte **Entscheidungen „kaufen“** können. In den USA, wo die Bürger

über Kläranlagen, Bauplanungen oder Umweltschutz in mehr als zwanzig Bundesstaaten traditionell direkt abstimmen, hat es sehr unterschiedliche, aber im ganzen eher problematische Erfahrungen, mit Volksabstimmungen gegeben. Einer der „Systemfehler“: mit mehreren Millionen Dollar lassen sich bei der zu erwartenden geringen Wahlbeteiligung in den meisten Fällen Ergebnisse durch massive Werbekampagnen quasi nach Belieben erzwingen.

### Schwächung des gewählten Parlaments

Vor allem aber erscheinen Volksentscheide als problematisch, weil sie die **Institution schwächen**, die gestärkt werden muss: das frei gewählte Parlament. Wenn es Volksentscheide gibt, was sind dann eigentlich noch die Entscheidungen des Parlamentes wert? Es gäbe zwei Klassen von Entscheidungen, die wirklich bindenden durch das Volk und die dann mit weniger Legitimation entstandenen des Bundestages. Letztere wären vor allem nie endgültig, da es ja ein Mittel gibt, sie durch Anrufung des Volkes auszuhebeln. Das würde auch die Berechenbarkeit und Kontinuität von Regierungshandeln erschweren, endgültige Entscheidungen noch weiter heraus zögern und zentrale Zukunftsentscheidungen polarisierten Stimmungsdebatten überreißen.

Außerdem muss gegen die Volksentscheide eingewandt werden, dass sie die **Durchsetzung unpopulärer, aber notwendiger Entscheidungen zusätzlich erschweren**. Schon in der repräsentativen Demokratie tun

sich die Politiker bekanntlich schwer, unbequeme Maßnahmen zu beschließen. Sie fürchten die nächste Landtags- oder Kommunalwahl, die sicher wieder als „Testwahl“ interpretiert wird. Die Legislaturperioden sind zu kurz als dass sich die Vorteile z.B. von

umfangreichen Sparprogrammen bereits spüren ließen. Also schiebt man die schwierigen Angelegenheiten lieber vor sich her. In einer Demokratie mit Volksentscheid dürfte es noch schwerer sein, in einer bestimmten Phase etwa die notwendigen Kürzungen im Gesundheitssystem durchzusetzen. Wer wird sich schon bei einer direkten Abstimmung gegen die eigenen (kurzfristigen) Interessen aussprechen! Ist die Chance nicht vielleicht ein wenig größer, dass die Einsicht der Volksvertreter in bestimmte Maßnahmen etwas höher ist?

### Keine Vereinbarkeit mit dem Gewaltenteilungsprinzip

Und schließlich muss gegen Volksentscheide eingewandt werden, dass sie sich kaum in das **gewaltenteilige Gefüge eines modernen Rechtsstaates** einbauen lassen. Was ist zum Beispiel mit einem Volksentscheid auf Bundesebene, dessen Ergebnisse aber fundamental Länderrechte beeinflussen? Wird auf diesem Umweg der Föderalismus ausgehebelt? Wenn das Volk direkt abgestimmt hat, was ist dann noch die Autorität des Bundesverfassungsgesetzes wert? Kann es sich wirklich über ein direktes Votum des Souveräns hinwegsetzen oder wird hier die Gewaltenteilung nicht zumindest tendenziell in Frage gestellt? Was ist ferner, wenn das Volk bestimmte ausgabenträchtige Programme in direkter Wahl beschließt? Dann droht die Gesamtverantwortung des Parlamentes für einen stabilen Gesamthaushalt zur Makulatur zu werden, ganz zu schweigen von der besonderen verfassungsrechtlichen Verantwortung des Bundesfinanzministers. Nein, plebiszitäre Demokratie ist alles andere als ein Wundermittel zur Behebung der Defizite in der politischen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland. Unsere Verfassungsväter- und -mütter hatten gute Gründe auf die repräsentative Demokratie zu setzen. ■

*Plebiszitäre Demokratie ist alles andere als ein Wundermittel zur Behebung der Defizite in der politischen Ordnung Deutschlands.*

*Dr. Friedbert Pflüger*

**Anm.:**

Dr. Friedbert Pflüger, MdB ist Vorsitzender des Europa-Ausschusses des Deutschen Bundestages und Mitglied des Bundesvorstandes der CDU.

# Jugend und Politik – New Politics

– Ein Plädoyer für Generationengerechtigkeit und mehr Partizipation –

Hildegard Müller

Die Jugendorganisationen in Deutschland müssen sich einer gemeinsamen Herausforderung stellen – der nachlassenden Beteiligung von Jugendlichen, die sich in sinkenden Mitgliederzahlen bemerkbar macht. Dass davon so gut wie alle (Jugend-)Verbände betroffen sind, macht die Sache nicht einfacher – im Gegenteil. Wir konstatieren ein gesellschaftliches Phänomen der zunehmenden „Engagementabstinz“.

Die Junge Union Deutschlands ist mit 140.000 Mitgliedern der größte politische Jugendverband Europas. **Von unseren Mitgliedern sind 29,7% evangelisch, 48,3% katholisch und 22,0% der Mitglieder machen keine Angaben.** In den letzten zwanzig Jahren hat sich der Anteil der Jugendlichen, die keine Angaben zur Konfession machen, verdoppelt. **Der Anteil der Katholiken in der Mitgliedschaft sank stärker als der der Protestanten.** Verglichen mit der Gesamtbevölkerung (jeweils 34% evangelisch und katholisch) sind in der Jungen Union **Katholiken über- und Protestanten unterrepräsentiert.** Diese Diskrepanz hat sich in den letzten Jahren aber deutlich abgeschwächt.

Gravierende Unterschiede in der Mitgliederstruktur bestehen leider nach wie vor zwischen Ost- und Westdeutschland. Entsprechend den gesamtgesellschaftlichen Daten (alte Länder (Jugendliche): 40% evangelisch, 39% katholisch und 18% konfessionslos; neue Länder (Jugendliche): 14% evangelisch, 4% katholisch und 79% konfessionslos) **gehören ca. 60% unserer Mitglieder in Ostdeutschland keiner christlichen Kirche an bzw. machen keine Angaben zur Konfession.**

„Politikverdrossenheit“ der Jugend?

Zwar konnte die Junge Union den Mitte der achtziger Jahre begonnenen Mit-



**Hildegard Müller: „Die Junge Union wird weiter als „Motor der Erneuerung“ in der Union aktiv sein, der jungen Generation eine Stimme geben und sich für Generationengerechtigkeit und mehr Partizipation einsetzen.“**

gliederverlust aufhalten, doch das Interesse junger Menschen an der Teilhabe in der Politik sinkt weiter. Oft tun wir uns schwer, Jugendliche für Politik zu begeistern.

Woran liegt das? Jugendliche verbinden mit dem Begriff Politik eine Landschaft von Parteien, Gremien und politischen Ritualen, der sie wenig Vertrauen entgegenbringen und die sich erwiesenermaßen in zu vielen Bereichen nicht nachhaltig entwickelt. Zum anderen empfinden sie die **ritualisierte Betriebsamkeit der Politiker** als wenig relevant und ohne Bezug zum wirklichen Leben.

Sind Jugendliche heute also unpolitisch? Dem ist so, wenn man den oft allzu schnell gefällten Urteilen in Politik, Medien und Gesellschaft folgt. **Das Schlagwort „Politikverdrossenheit“ macht seit Jahren die Runde.** Doch das trifft für viele jungen Menschen nicht zu. Sie sind

bereit zum Engagement, zur ehrenamtlichen Tätigkeit, das aber stark an bestimmte Projekte, Themen und feste Ziele gebunden ist. **Allein das Wort „Mitgliedschaft“ schreckt viele ab.** Ideologien oder starre Wertorientierungen lehnen die große Mehrheit der Jugendlichen ab. **Unabhängigkeit, Selbstentfaltung** und konkrete Ergebnisse stehen stärker denn je im Mittelpunkt.

Neue Beteiligungsformen  
in der Politik

Daher wird die Junge Union neue Formen der Beteiligung schaffen und weiter ausbauen. Das **Internet** bietet hier neue Möglichkeiten an Ansprache und Beteiligung. Es kann aber nicht die gemeinsame Arbeit vor Ort ersetzen. Junge Menschen wollen bei ihrem Engagement interessante Leute kennenlernen und dabei auch Spaß und Freude erleben. Wir müssen uns verstärkt auch für Nichtmitglieder öffnen, auch wenn sie sich vielleicht „nur“ für ein bestimmtes Projekt engagieren wollen. Dieses Know-how sollten wir auch im eigenen Interesse nutzen, um unserem Selbstverständnis als „Motor der Erneuerung“ in unserem Land gerecht zu werden. Gleichzeitig müssen wir weiter den Kontakt zu den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen pflegen. Auch hier sind wir in der Pflicht. Diese Öffnung bietet viele Chancen, denn unpolitisch ist die junge Generation nicht.

Abnehmende Religiosität  
der Jugend

Sowohl Glaubensvorstellungen als auch die Teilnahme an religiösen Veranstaltungen nehmen bei Jugendlichen ab. **Private Glaubensüberzeugungen besitzen einen höheren Stellenwert als institutionalisierte Religiosität. Über 80% der Jugendlichen besuchen nur noch selten oder gar nicht einen Gottesdienst.** Aber immerhin beten fast die Hälfte aller Jugendlichen gelegentlich bis oft. Die aktuelle Shell Jugendstudie kommt zu dem Ergebnis: „Die Kirchlichkeit ist zurückgegangen, die religiöse Grundhaltung im Leben hat bei den deutschen Jugendlichen stark an Boden verloren.“ Für eine christlich geprägte politische Jugendorganisation ist die gekennzeichnete Entwicklung wenig för-

derlich. **Hoffen lässt die bei ostdeutschen Jugendlichen zunehmende Bedeutung von Glauben für das subjektive Wohlbefinden. Meinten 1993 nur 14%, dass der Glauben dafür wichtig sei, so waren dies 1998 bereits 26%.**

Ferner stellt sie fest, dass das politische Interesse und Engagement der jungen Generation mit wachsender christlicher Überzeugung deutlich zunimmt. Daher spielen christliche Beweggründe eine wichtige Rolle bei der Entscheidung sich in der Jungen Union zu engagieren. Viele unserer Mitglieder kommen aus der **christlichen Jugendarbeit**, dort haben sie erfahren wie wichtig und befriedigend es sein kann sich für andere einzusetzen, eigene Ideen zu entwickeln und diese dann auch umzusetzen.

### Konkurrenzverhältnis Freizeitmarkt – politisches Engagement

Wenn Jugendliche aber den Eindruck gewinnen, dass ihre Vorstellungen eher als störend empfunden werden, wenden sie sich schnell von Verbänden und Parteien ab. Neben diesem Push-Effekt kommt dann auch ein Pull-Effekt zum

auch räumlich deutlich mobiler geworden, so dass sich in dieser Hinsicht das Angebot zusätzlich erweitert hat.

Wir begrüßen ausdrücklich diese Entwicklung, die zu mehr Eigenverantwortung und Selbstbestimmung führt. Dabei sehen wir es als unsere Aufgabe, Solidarität und Mitmenschlichkeit nicht unter die Räder des Zeitgeistes kommen zu lassen. Die im Folgenden noch erwähnte neue **JU-Kampagne „Mensch wach auf – Gemeinsam gegen Gewalt“** soll da ein Zeichen setzen.

Ferner lassen sich im Freizeitverhalten **Individualisierungstendenzen** erkennen. Jugendliche wollen sich nicht mehr langfristig an einen Verein binden, sondern spontan entscheiden, wie sie ihre freie Zeit verbringen wollen. **Sie fragen sich, was ihnen die Mitgliedschaft in der Jungen Union bringt.** Nun spielt der **„Spaßfaktor“** in einem politischen Jugendverband regelmäßig nicht die dominierende Rolle, politische Diskussionen (der Erwachsenen/ älteren Generation) werden im öffentlichen Diskurs oft mit 'Streit' und 'Ärger' assoziiert und das Image von Politikern und Parteien ist

kenntnis, dass Jugendliche sich nicht leicht für Politik begeistern lassen, ist aber kein Phänomen ausschließlich unserer Zeit, sondern fast gleichlautende Situationsbeschreibungen, wenn auch die damaligen Gründe andere waren, finden sich bspw. in den Arbeiten von Helmut Schelsky in den 1950er Jahren.

### Möglichkeiten der Ansprache durch das Internet

Die Junge Union hat erst vor kurzer Zeit mit einer neuen Form der Ansprache von Jugendlichen experimentiert. Neben dem mittlerweile fast selbstverständlichen Internet-Auftritt ([www.junge-union.de](http://www.junge-union.de)) haben wir als erster politischer Jugendverband ein satirisches Computer- und Internet-Spiel unter dem Titel „Schwarzwild“ ([www.schwarzwild.com](http://www.schwarzwild.com)) entwickelt. Die Resonanz ist überwältigend. Mittlerweile haben wir über 1.400.000 Zugriffe auf unser Spiel. Zahlreiche Tages- und Wochenzeitungen, mehrere Radio- und Fernsehsender haben darüber berichtet. Daneben rufen wir mit unserer Kampagne „Mensch wach auf – Gemeinsam gegen Gewalt“ zu mehr Zivilcourage im Alltag und einem konsequenten Vorgehen gegen jede Form der Gewalt auf. Auch in diesem Fall nutzen wir die neuen Medien, um noch mehr Jugendliche anzusprechen – [www.mensch-wach-auf.de](http://www.mensch-wach-auf.de). Die Reaktionen aus unserem Verband und von Außenstehenden sind ausgesprochen positiv.

Jugend ist dynamisch. Keine andere Lebensphase des Menschen ist von so vielen bedeutenden Veränderungen geprägt. Organisationen müssen sich darauf einstellen und werden erfolglos sein, wenn sie mit veralteten Ideen, Konzepten und Strukturen versuchen die junge Generation zur Partizipation anzuregen. Die **Junge Union** wird weiter als **„Motor der Erneuerung“** in der Union aktiv sein, der jungen Generation eine Stimme geben und sich für Generationengerechtigkeit und mehr Partizipation einsetzen. ■

### Anm.:

Hildegard Müller ist Bundesvorsitzende der Jungen Union und Präsidiumsmitglied des CDU Bundesvorstandes.



Tragen, denn der in den letzten Jahren stark gewachsene **„Freizeitmarkt“** bietet eine Fülle von Aktionsmöglichkeiten, wobei das Engagement in Jugendverbänden nur eine Option unter vielen ist. Jugendliche können aus einer breiten Angebotspalette auswählen und sind

schlecht. Die Ausgangslage um Jugendliche zum Mitmachen in der Politik zu begeistern, sind demnach nicht besonders günstig. Vor diesem Hintergrund ist es beachtlich, dass wir in den neuen Ländern seit Jahren einen Mitgliederzuwachs verzeichnen können. Die Er-

**Die Tora / In jüdischer Auslegung**  
**Herausg.: W. Gunther Plaut**  
**Bd. I, Gütersloh, 1999**

Fast zwanzig Jahre gibt es das Schriftwerk *The Tora / A modern Commentary* bereits in den USA. Nun hat es, vermittelt durch Walter Homolka, Annette Böckler übersetzt und bearbeitet für den deutschen Sprachraum.

Ich bin froh, dass es dieses Buch über die fünf Bücher Mose jetzt auch bei uns gibt, weil es christliche Leserinnen und Leser mit oder ohne akademische theologische Vorbildung umweglos heranzuführt an jüdische Art und Weise, mit biblischen Texten umzugehen.

Eine weitere Tür zur Bibel ist einladend angelehnt: was hindert uns hindurch zu gehen? Dass wir Christen und Christinnen sind und dieses Buch vornehmlich für jüdische Gemeinden gedacht ist?

„Es ist meine Hoffnung, dass Juden wie auch Nicht-Juden dieses Werk als ein hilfreiches Werkzeug entdecken werden, um ihr Wissen über das Buch der Bücher zu vertiefen und dadurch auch der jüdischen Tradition im Licht moderner Erkenntnisse näher zu kommen“. So wünscht es sich der Verfasser im Vorwort der deutschen Ausgabe seines auf fünf Bände angelegten Kommentars.

Gerade wir Christen und Christinnen mit unserer jahrhundertalten Vorurteilsgeschichte gegenüber der jüdischen Religion sollten diesen Zugang nutzen. Ich wünsche mir seit langem eine größere christliche Neugier in diesem Bereich und fordere die Ge-

meinden immer wieder dazu auf.

Nun ist es gewiss nicht jedermanns Sache, einen biblischen Kommentar zu lesen; vielen unter uns fällt der tägliche Griff zur Bibel selber ja schon schwer genug.



Mein Vorschlag: machen Sie es sich so leicht wie möglich. Schaffen Sie sich den ersten Band (zur Genesis / 1. Buch Mose) dieses großen Kommentars an und legen Sie ihn sich für ein halbes Jahr als Lektüre auf den Nachtschrank.

Dann greifen Sie nach Belieben morgens oder abends zu diesem Buch und verbringen Sie aufs Geratewohl – am Turm zu Babel oder bei der Schöpfungsgeschichte oder

mit Josef in Ägypten – eine Weile in ihm. Als private Fortbildungsmaßnahme. Das Buch kommt dem mit seiner Gliederung und seiner Doppelseitengestaltung entgegen. Ich bin sicher: nach dem halben Jahr schaffen Sie sich auch die übrigen vier Bände

an, so reizvoll sind sie und gar nicht einschläfernd.

Ein Werkzeug, schreibt Plaut, möge sein Kommentar sein. In Wirklichkeit ist er ein ganzer, übersichtlich geordneter Werkzeugkasten.

Sie finden in ihm: Abschnitt für Abschnitt den hebräischen Text – für alle, die des Hebräischen nicht mächtig sind, ist das zumindest ein visueller Reiz. Darunter gedruckt jeweils die deutsche

Übersetzung von Moses Mendelssohn, die er 1774-76 für seinen Sohn anfertigte. Daneben Worterklärungen. Dann andererseits der leicht lesbare, eigentliche Kommentar Plauts.

Hinzugefügt sind außerdem sachdienliche Illustrationen und die sog. Literarischen Auslesen zu den Abschnitten, in denen man talmundische Bemerkungen ebenso finden kann, wie Dichtertexte.

Dazu angehängt, für den synagogalen Gebrauch, die Prophetenlesungen zu den Wochenabschnitten. Vorangestellt dem allen sind Hinweise auf die Bedeutung der Tora, der fünf Bücher Moses, aus jüdischer, christlicher und muslimischer Sicht.

Die christliche Beschäftigung mit dem Judentum darf sich nicht auf die Teilnahme an Gedenkveranstaltungen beschränken. Wir haben eine Fortbildungspflicht dem zeitgenössischen Judentum gegenüber.

Die Tora, die fünf Bücher Mose, haben für unsere jüdischen Geschwister in etwa den Stellenwert wie für uns Christen und Christinnen die vier Evangelien. Das „kostbarste aller Bücher“ nennt Plaut die Tora und legt sein zeitgenössisches Denken über sie vor. Wir sind zum Mitdenken eingeladen. Nichts hindere uns. ■

**Anm.:**

Maria Jepsen ist Bischöfin des Sprengels Hamburg der Nordelbisch Evangelisch-Lutherischen Kirche.

29. Deutscher Evangelischer Kirchentag vom 13.-17. Juni 2001 in Frankfurt am Main

Ausgewählte Veranstaltungen unter Beteiligung von Unionspolitikern

Mittwoch, 13. Juni 2001:

- 18.00-19.00 Uhr** Zentraler Eröffnungsgottesdienst am Römer
- 19.00-19.30 Uhr** Worte und Grüße zur Eröffnung:  
u.a. mit dem hessischen Ministerpräsidenten **Roland Koch**, Wiesbaden  
**Bühne am Römer, Römerberg (Innenstadt)**

Donnerstag, 14. Juni 2001

- 9.00 Uhr** Bibelarbeit: Psalm 118: Seine Güte währet ewiglich  
**Karin Wolff**, Kultusministerin, Wiesbaden, Vorsitzende des EAK Hessen.  
**Messe, Halle 7, Ludwig-Erhard-Anlage 1 (Innenstadt)**
- 10.30-12.00 Uhr** Neue Wege für die Gemeinde suchen und gehen  
Ein Traum von Kirche: Neue Wege – neue Gottesdienste – neue Gemeinden?  
Podiumsgespräch u.a. mit **Tobias Utter**, EAK-Bundesvorstand, Bad Vilbel  
**Jahrhunderthalle, Menuhinsaal, Pfaffenwiese (Höchst)**
- 10.30-13.00 Uhr** Islam in der Schule: Religionsunterricht – am Beispiel Hessen  
Podiumsdiskussion u.a. **Karin Wolff**, Kultusministerin, Wiesbaden, Vorsitzende des EAK Hessen.  
**Paulskirche, Paulsplatz (Innenstadt)**
- 10.30-13.00 Uhr** Bitte Einwandern! – Politische Ansätze  
Gespräch mit **Rita Süßmuth**, MdB,  
Vorsitzende der Zuwanderungskommission der Bundesregierung, Berlin  
**Messe, Halle 5.1, Ludwig-Erhard-Anlage 1 (Innenstadt)**
- 16.30-18.00 Uhr** Workshop  
Neue Gottesdienste – Thema: Erste Schritte gehen  
**Tobias Utter**, EAK-Bundesvorstand, Bad Vilbel  
**Jahrhunderthalle, Seminarräume, Pfaffenwiese (Höchst)**
- 20.00-22.00 Uhr** Bilder, Songs und Gedanken zur Ökumenischen Dekade Gewalt überwinden  
u.a. mit **Dr. Norbert Blüm**, MdB, Berlin  
**Messe, Halle 6.0, Ludwig-Erhard-Anlage 1 (Innenstadt)**

Freitag, 15. Juni 2001

- 10.30-13.00 Uhr** Die Würde des Körpers und der Sinn des Sports  
Was verdanke ich dem Sport?  
Interviewrunde u.a. **Dr. Wolfgang Schäuble**, MdB, Offenburg  
**Eissporthalle, Am Bornheimer Hang (Bornheim)**
- 10.30-13.00 Uhr** Friedensethik nach dem Kosovokrieg?  
Ethische Aspekte humanitärer Interventionen  
Streitgespräch u.a. mit **Christian Schwarz-Schilling**, MdB, Bundesminister a.D., Büdingen  
**Messe, Halle 7, Ludwig-Erhard-Anlage 1 (Innenstadt)**
- 15.00-18.00 Uhr** I can't get no Education  
Bildung für das 21. Jahrhundert  
Perspektiven aus Praxis und Politik u.a. **Prof. Dr. Dagmar Schipanski**, Staatsministerin, Erfurt  
**Messe, Halle 1.2, Ludwig-Erhard-Anlage 1 (Innenstadt)**

- 19.30-21.00 Uhr** Goldene Zeiten?  
Feierabendmahl im Rahmen des Ökumenischen Liturgischen Tages  
Segen „Von allen Seiten umgibst du mich und hältst deine Hand über mir“  
Predigt: u.a. **Dr. Norbert Blüm**, MdB, Bundesminister a.D., Berlin  
**Ballsporthalle, Silostr. 46 (Höchst)**
- 19.30-22.00 Uhr** Forum Flughafen  
Mobilität um jeden Preis? – Verkehrskonzepte  
Diskussion um die Erweiterung des Frankfurter Flughafens u.a. mit **Roland Koch**, Ministerpräsident des Landes Hessen, Wiesbaden  
**Messe, Halle 6.0, Ludwig-Erhard-Anlage 1 (Innenstadt)**
- 20.00 Uhr** Empfang des EAK im Frankfurter Senckenbergmuseum  
u.a. mit der CDU-Bundesvorsitzenden **Dr. Angela Merkel**, Ministerpräsident **Roland Koch**, dem stellvertretenden Kirchenpräsidenten der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau OKR **Hans-Helmut Köke** und der Frankfurter Oberbürgermeisterin **Petra Roth**  
**(nur mit gesonderter Einladung!)**

### Samstag, 16. Juni 2001

- 9.00 Uhr** Bibelarbeit: Markus 5, 21-43: Zu neuem Leben erweckt  
**Dr. Angela Merkel**, MdB, CDU-Bundesvorsitzende, Berlin  
**Messe, Halle 7, Ludwig-Erhard-Anlage 1 (Innenstadt)**
- 14.00-16.00 Uhr** „Die Würde des Menschen ist unantastbar“  
Weiter Raum statt nationale Enge  
Mitwirkende u.a. **Karin Wolff**, Kultusministerin, Wiesbaden, Vorsitzende des EAK Hessen.  
**Bühne am Museumsufer, Schaumainkai (Innenstadt)**
- 15.00-18.00 Uhr** „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“ – und wo bleibt der Bürger?  
Podiumsdiskussion u.a. **Dr. Angela Merkel**, MdB, CDU-Bundesvorsitzende, Berlin  
**Messe, Halle 1.2, Ludwig-Erhard-Anlage 1 (Innenstadt)**
- 15.00-18.00 Uhr** Protestantismus in Europa  
Gott in der Grundrechtscharta  
u.a. **Dr. Ingo Friedrich**, MdEP, Vizepräsident des Europäischen Parlaments, Brüssel, stellvertretender Vorsitzender des EAK der CDU/CSU  
**Messe, Halle 7, Ludwig-Erhard-Anlage 1 (Innenstadt)**
- 16.00-18.00 Uhr** Einladung zum Glauben  
Was ist Sache?  
Junge Leute fragen Prominente  
u.a. mit Ministerpräsident **Roland Koch** und **Dr. Dr. h.c. Lothar Späth**, Vorstandsvorsitzender der Jenoptik AG, Jena  
**Jahrhunderthalle, Menuhinsaal, Pfaffenwiese (Höchst)**

### Sonntag, 17. Juni 2001

- 10.00 Uhr** **Schlussgottesdienst des 29. Deutschen Evangelischen Kirchentages**  
**Waldstadion, Otto-Fleck-Schneise**

**Besuchen Sie den Stand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU auf dem Markt der Möglichkeiten. Sie finden uns auf dem Messegelände in Halle 4, 1. Ebene, Standnummer 4.1. D 21 im Marktbereich 3 – In Freiheit bestehen – im Themenabschnitt „Zukunft der Demokratie – Gesellschaftliche Verantwortung“.**

## ■ 29. Deutscher Evangelischer Kirchentag

**Berlin:** Mitglieder der CDU/CSU Bundestagsfraktion und des EAK-Bundesvorstandes trafen sich mit der **Generalsekretärin des Deutschen Evangelischen Kirchentages, Frau Friederike Woldt**. Der **Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Friedrich Merz**, erklärte gegenüber Frau Woldt, dass er sich dafür einsetze, dass der Deutsche Evangelische Kirchentag in Zukunft noch mehr als bisher von Unionspolitikern als Plattform zur Diskussion über politische

Themen wahrgenommen werden wird.

Die CDU/CSU-Fraktion möchte in einen vielschichtigen Dialog mit dem Kirchentag und seinen Besuchern einsteigen. Friedrich Merz äußerte, dass sich die CDU besonders durch die ethischen Themen auf dem 29. Kirchentag in Frankfurt herausgefordert fühle. Merz machte deutlich, dass er das „Euthanasiegesetz“ in den Niederlanden oder auch den Themenbereich um die Gentechnologie als Herausforderungen für die politisch interessierten und engagierten Christen in Deutschland sehe.

Neben der inhaltlichen Konzeption des 29. DEKT, der die drei Themenbereiche: „In Vielfalt glauben“, „In Würde leben“ und „In Freiheit bestehen“ umfasst, erläuterte Frau Woldt die Aktion des Kirchentages gegen Gewalt. Mittels eines weißen Schals mit dem Aufdruck „Die Würde des Menschen ist unantastbar –

Kirchentag gegen Gewalt“ können Kirchentagsteilnehmende zeigen, dass sie sich von Gewalt, Rassismus und Diskriminierung distanzieren.

## ■ Zweite Werteveranstaltung in Bruchköbel

Die Kreisvorsitzende des EAK Main-Kinzig, **Gisela Westphal-Keim**, konnte zur Zweiten Werteveranstaltung vor rund 100 Teilnehmern als Gastredner **Dr. Bernhard Felmberg**, den Bundesgeschäftsführer des EAK, begrüßen.

Dr. Felmberg nahm in seinen Ausführungen zur Freiheit des Christen zur Politik, einer Politik aus christlicher Verantwortung, sowie zur christlichen Ethik Stellung. Der Bundesgeschäftsführer betonte, dass schon Luther zur Übernahme von politischer Verantwortung aufgefordert habe. Anhand von faktischen Beispielen kam er zu der Aussage, dass es im eigentlichen Sinne keine christliche Politik gebe, und man deshalb besser von einer Politik auf christlicher Grundlage und in christlicher Verantwortung sprechen solle.

Es gebe aber eine Politik, die aus dem christlichen Selbstverständnis ihren Maßstab gewönne. „Als Christen kennen wir die zehn Gebote und das Doppelgebot der Liebe.

Das christliche Menschenbild erkennt den Menschen als einen, dessen Würde unantastbar ist. Es betont seine Freiheit, seine Gleichheit und seine Verantwortung.“ Der Freiheitsbegriff, der momentan von der Bundesregierung propagiert wird, kenne keine Bindung an die Werte, die Gott dem Handeln des Menschen vorgegeben habe. Nein, die Werte sollen sich den jeweiligen Forschungsergebnissen anpassen, so Dr. Felmberg in Bezug auf die Diskussion um das Klonen von Embryonen und die aktive Sterbehilfe. Als positive Alternative zur Sterbehilfe sei die Hospizarbeit zu unterstützen.

Es sei also wichtig, dass Christen in der Politik darauf hinweisen, dass nicht alles machbar sein darf, was machbar sein könnte. Die erfolgreiche Reihe der Werteveranstaltungen soll laut **Joachim Rechholz**, dem Sprecher des Christlichen Gesprächsforums, zu Themen wie der Gentechnik und Familienpolitik fortgeführt werden.

## ■ Militärseelsorge

Der EAK des Kreisverbandes Gelsenkirchen lud zu einer Veranstaltung zum Thema Militärseelsorge den Wehrbereichsmilitärdekan Pfarrer **Schadt** aus Düsseldorf ein. Dieser verwies darauf, dass die zunehmenden internationalen politischen Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland den Einsatz von Soldaten außerhalb Deutschlands nicht mehr ausschließen. Bei diesen militärisch-humanitären Einsätzen würden die Soldaten mit psychisch belastenden Situationen konfrontiert. Schadt betonte deshalb, dass eine seelsorgerliche Betreuung daher unabdingbar notwendig sei.



Friedrich Merz und Jochen Borchert hören den engagierten Ausführungen von Friederike Woldt aufmerksam zu.



### ■ Predigtpreis 2001

Der Verlag für die Deutsche Wirtschaft lobt erneut den ökumenischen Predigtpreis aus. Bis zum 31. Juli 2001 können sowohl Predigten von hauptamtlichen als auch ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Kirchen, Freikirchen und landeskirchlichen Gemeinschaften eingesandt werden. Die Predigt muss innerhalb der letzten 15 Monate gehalten worden sein. Mit dem Predigtpreis will der VNR Verlag für die Deutsche Wirtschaft die Redekunst in den deutschen Kirchen fördern.

Weitere Informationen sind beim VNR Verlag für die Deutsche Wirtschaft AG, Karsten Matthis, Lektorat, Theodor-Heuss-Str. 2-4, 53177 Bonn, Tel. 02 28/82 05 73 08, Fax: 02 28/36 12 12, E-mail: mat@vnr.de erhältlich.

### ■ Medienerziehung

Für eine verstärkte Medienerziehung von Kindern, Jugendlichen und Eltern plädierte **Egmond Prill**, Öffentlichkeitsreferent des Christlichen Medienbundes e.V./KEP in Wetzlar während einer Veranstaltung des EAK im Kreis Böblingen. Angesichts eines zunehmend unübersichtlichen Infotainments in einer sich ständig wandelnden Medienlandschaft brauche es Orientierung aus christlicher Verantwortung. Immer mehr würden nicht mehr nur die Tatsachen, sondern die Meinung über die Tatsachen den Menschen über Zeitungen,

Rundfunk, Fernsehen und Internet vermitteln. Der Christliche Medienverbund unterstützt und fördert seit 25 Jahren die Öffentlichkeitsarbeit in Kirchen und Gemeinden, sowie die Arbeit von Nachwuchsjournalisten. Mit dem Medienpreis „Goldener Kompaß“, der seit 1990 verliehen wird, sollen gute Berichterstattungen und glaubhaft dargestelltes Christsein in den Medien ausgezeichnet werden.

### ■ Minister Jörg Schönbohm in Stendal

**Stendal:** Der Evangelische Arbeitskreis Sachsen-Anhalt lud zusammen mit dem Stadtverband der CDU Stendal den Innenminister des Landes Brandenburg, **Jörg Schönbohm**, zu einer Veranstaltung zum Thema „**Konsequenzen innenpolitischen Handelns auf der Grundlage christlicher Wertebindung**“ ein. Minister Schönbohm war in eindrücklicher Weise in der Lage, darzulegen, wie aus einer festen Wertebindung heraus verantwortbare Alltagspolitik durchzusetzen ist. Schönbohm führte aus, dass für sein Wertegerüst Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit wichtig sind. Diese Werte müssten auch in der Auseinandersetzung mit anderen Kulturen gewahrt werden. Daher besäßen wir in Deutschland selbstverständlich eine Leitkultur. In ihr würde deutlich, welches Menschenbild der Gesellschaft zugrunde läge. CDU-Mitglieder könnten mit Stolz davon sprechen, konservativ zu sein. Denn Sie wüs-

sten, dass auch angesichts der Globalisierung der Welt die Menschen spüren, wo sie hingehören. Nach Scharnhorst hieße konservativ zu sein, an der Spitze des Fortschritts zu marschieren. Sorge mache ihm, dass der Wert der Freiheit in der Bedeutung vieler Menschen abgenommen habe. Freiheit und Eigenverantwortung gehörten zusammen. Die friedliche Revolution, die das DDR-Regime hinwegfegte, war wesentlich vom Freiheitsgedanken geprägt. Heute sei leider dieser allzu selbstverständliche Wert im Osten Deutschlands nicht mehr so hoch geachtet.

Freiheit und Eigenverantwortung müssten gefördert werden. So wiese das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Familienförderung und auch zur Pflegeversicherung die Politiker und die ganze Gesellschaft deutlich darauf hin, dass die Erziehungsarbeit in der Familie deutlicher als bisher anerkannt werden müsse. Familienleistung müsse sich lohnen. Daher würde die Gesellschaft nicht darum herumkommen, die Familienarbeit viel stärker als bisher auch materiell anzuerkennen. Es liege freilich die Gefahr auf der Hand, den Irrweg einer staatlichen Beglückungsbürokratie zu gehen. Eltern müssten selber entscheiden können, wie sie ihre Kinder erziehen. Die alleinige Diskussion um preiswerte Kindertagesstättenplätze führe in die Irre. Wichtiger sei, durch eine ausreichende materielle Unterstützung der Familien die tatsächliche Wahlfreiheit zu garantieren. Wichtiger sei, durch Förde-

rung von Teilzeitarbeit und Maßnahmen, die die Berufstätigkeit der Frau erleichtern, die tatsächliche Gleichberechtigung von Mann und Frau voranzutreiben. Ziel bei dieser Maßnahme müsse es sein, dass die Familien in die Lage versetzt werden, tatsächlich zu erziehen. Die Schulen könnten diesen Auftrag nicht allein erfüllen. Leistung und Belohnung der Leistung gehörten untrennbar zusammen. Arbeit muss sich lohnen, Nichtarbeit darf sich nicht lohnen.

Dem Gebiet der inneren Sicherheit zugewendet betonte Schönbohm, dass innere Sicherheit als Freiheitsrecht verstanden werden müsse. Die Bürger hätten ein Recht, abends ohne Angst vor die Tür gehen zu können. Die steigende Jugendkriminalität stellt ein großes gesellschaftliches Problem dar.

Zur Bekämpfung von Jugendkriminalität und extremistischer, hauptsächlich rechtsextremistischer Gewalt müssten Polizei und Ordnungsämter eng zusammenarbeiten. In Brandenburg habe sich bewährt, dass rechtsradikal gefährdete Jugendliche ständig von Jugendämtern und Polizei angesprochen würden. So erlebten sie einen gesellschaftlichen Druck, der ihnen klar mache, dass Rechtsradikalismus auf keinen Fall geduldet wird, auf der anderen Seite würde Ihnen immer wieder die Hand geboten, sich durch sinnvolle Freizeitbeschäftigung in die Gesellschaft einzubringen.

*Jürgen Scharf (EAK-Landesvorsitzender Sachsen-Anhalts)*

## Unsere Autoren:

Dr. Angela Merkel, MdB  
CDU-Bundesvorsitzende  
Konrad-Adenauer-Haus  
Klingelhöferstraße 8  
10785 Berlin

Präses Manfred Sorg  
Evangelische Kirche  
von Westfalen  
Postfach 101051  
33510 Bielefeld

Friedrich Merz, MdB  
CDU/CSU-Fraktions-  
vorsitzender  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Dr. Friedbert Pflüger, MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Hildegard Müller  
JU-Bundesgeschäftsstelle  
Inselstr. 1b  
10179 Berlin

Bischöfin Maria Jepsen  
Bischöfin für den  
Sprenkel Hamburg  
Neue Burg 1  
20457 Hamburg

**Meinungen und Informationen** aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU · **Herausgeber:** Jochen Borchert, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Dr. Hans Geisler, Dieter Hackler, Christine Lieberknecht · **Redaktion:** Silke Adam, Dr. Bernhard Felmberg, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Tel. (030) 22070-432, Fax (030) 22070-436 · **Konto:** EAK, Postbank Köln, (BLZ 37010050) 112100-500 oder Sparkasse Bonn (BLZ 38050000) 56267 · **Druck:** Union Betriebs-GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach · **Nachdruck** – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten · Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber · **Papier:** 100% chlorfrei

Union Betriebs-GmbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach  
 PVSt · Deutsche Post AG · Entgelt bezahlt · A 05931

**Adressänderungen bitte immer an die Redaktion !**

## Liebe Leserin, lieber Leser,

die Zuversicht, dass die „Evangelische Verantwortung“ auch in Zukunft im bisherigen Umfang erscheinen kann, steigt von Monat zu Monat. Der Grund hierfür liegt allein an Ihnen, die Sie sich diese Zeitung etwas kosten lassen. Vor einem halben Jahr hatten 136 Empfänger einen Obolus gegeben. Als vorerst zu erreichendes Ziel hatte ich die Spenderzahl „500“ genannt. Heute können wir uns schon bei über 400 Beziehern der Evangelischen Verantwortung bedanken. Das absolute Minimalziel bei einer Leserschaft von 12.000 könnte also noch vor den Sommerferien erreicht werden. Bis jetzt haben wir knapp 32.000 DM an Zuwendungen entgegengenommen. Sicherlich, an eine Vollfinanzierung (165.000 DM) ist noch lange nicht zu denken, aber immerhin an eine Teilfinanzierung. Ich hoffe, dass wir Jahr für Jahr diesen Anteil etwas erhöhen können – und ich weiß im Inneren, dass wir es auch müssen.

Viele Menschen lesen die „Evangelische Verantwortung“ sehr gründlich, das zeigen mir die vielfältigen Reaktionen. Ich freue mich, dass diese fast ausschließlich positiv ausfallen. Wir sind dadurch umso mehr motiviert, für Sie immer wieder interessante Autoren zu finden, die zu Themen der Zeit Stellung beziehen. Es ist nicht selbstverständlich, dass dies kostenlos geschieht und so gilt mein Dank auch denen, die in der „Evangelischen Verantwortung“ veröffentlichen.

Unsere Zeitung wird gelesen. Das zeigen mir Reaktionen aus kirchlichen Kreisen sowie von Bundestagsabgeordneten. Die Arbeit ist also nicht umsonst. Im Gegenteil: Ich bin der festen Auffassung, dass der Evangelische Arbeitskreis durch die „EV“ verschiedentlich zur Meinungsbildung beiträgt. Ich hoffe, dass dies auch Dank Ihnen in Zukunft weiter möglich sein wird. Ich bin guter Zuversicht!

Mit freundlichem Gruß, Ihr



Dr. Bernhard Felmberg  
 (Bundesgeschäftsführer)

P.S.: Wir möchten Sie herzlich darum bitten, im Überweisungsträger unter dem Verwendungszweck ihre Adresse einzutragen, damit wir Ihnen auch ihre Zuwendungsbescheinigung zusenden können.

### Überweisungsauftrag/Zahlschein

(Name und Sitz des beauftragten Kreditinstituts)

(Bankleitzahl)

Benutzen Sie bitte diesen Vordruck für die Überweisung des Betrages von Ihrem Konto oder zur Bareinzahlung. Den Vordruck bitte nicht beschädigen, knicken, bestempeln oder beschmutzen.

### Beleg für Kontoinhaber/Einzahler-Quittung

Konto-Nr. des Kontoinhabers

Empfänger

Konto-Nr. Bankleitzahl

bei (Kreditinstitut)

DM od. EUR\* Betrag

\*Bis zur Einführung des Euro (= EUR) nur DM, danach DM oder EUR

Datum und Unterschrift des Kreditinstituts

Empfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen)

E v a n g e l i s c h e r   A r b e i t s k r e i s

Konto-Nr. des Empfängers

Bankleitzahl

5 6 2 6 7

3 8 0 5 0 0 0 0

bei (Kreditinstitut)

S p a r k a s s e   B o n n

\* Bis zur Einführung des Euro (= EUR) nur DM danach DM oder EUR

DM od. EUR\*

Betrag

Kunden-Referenznummer – noch Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Auftraggebers – (nur für Empfänger)

noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen à 27 Stellen)

Kontoinhaber/Einzahler: Name (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

Konto-Nr. des Kontoinhabers

18

Datum

Unterschrift